



Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V

DVParl-Forum

Kandidatenaufstellung für den Bundestag

Wie suchen die Parteien ihre Mandatsbewerberinnen und –bewerber aus?

Die Aufstellung der Wahlkreis- und Listenbewerber der deutschen Parteien wurde jahrzehntelang kaum untersucht. Seit Kurzem liegt eine umfassende Studie des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl) vor. Unter der Leitung von Prof. Dr. Schüttemeyer analysierte ein Team von sieben Wissenschaftlern sowie 42 freien Mitarbeitern die Kandidatenaufstellung aller aktuell im Bundestag vertretenen Parteien.

Dienstag, den 26. Juni 2018, in Berlin

Deutscher Bundestag

Referenten:

Prof. Dr. Suzanne Schüttemeyer Professorin für Politikwissenschaft und Dekanin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie Chefredakteurin der ZParl und Leiterin des IParl

Dr. Benjamin Höhne Stv. Leiter des IParl

Daniel Hellmann, M.A. Doktorand, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Moderation und Leitung der Diskussion:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter Stv. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Meine Damen und Herren! Ich entnehme der Konstellation dieses Abends und dieses Saales, dass ich heute in meiner Eigenschaft als Stellvertreter insgesamt und nicht nur als Diskussionsleiter agieren soll. Ich begrüße Sie also für die Vereinigung für Parlamentsfragen sehr herzlich zu einem Abend mit einem Thema, das einen eigentlich, wenn einem die Demokratie und der Parlamentarismus am Herzen liegen, vom Stuhle reißen muss.

Ich gebe ja zu, dass Sonnenschein auch ein gutes Argument ist. Ich gebe zu, dass Fußballweltmeisterschaften auch manche Leute gefangen nehmen, und ich gebe insbesondere zu, dass manche bayerisch-politische Irrationalität den Medien- und Politikbetrieb im Augenblick im Herzen und im Kern lahmlegt oder dominiert. Ich leide selber darunter mit bis zu zehn Interviews am Tag, in denen man allen immer das Gleiche erklären muss. Und sehr vieles, was man erklären muss, hat mit Grundsatzfragen der parlamentarischen Demokratie zu tun.

Grundsatzfragen der parlamentarischen Demokratie sollten aber vor allen Dingen die Akteure im Zentrum der Macht wohl im Herzen bewahren, und ich habe nicht den Eindruck, dass das alle immer tun. Ich nenne jetzt keine Namen und ich weise keine Schuld zu, aber als wir die Vereinigung für Parlamentsfragen vor 70 Jahren gründeten haben, hatten wir die Idee, auch volkspädagogische Effekte zu erzielen. Ich sage heute: Diese Effekte sind gegenwärtig und die ganze Zeit so nötig, wie sie immer waren.

Jetzt habe ich gesagt, was gesagt werden muss, damit man nicht so tut, als ob es nicht auch eine aktuelle Politik gäbe, die wir in der Vereinigung eigentlich immer sehr ernst genommen haben und weiterhin sehr ernst nehmen wollen.

Die Kandidatenaufstellung selber und auch die Abgeordnetenforschung ist zwar über die Jahrzehnte mit mehr Aufmerksamkeit verfolgt worden, das Thema des heutigen Abends leidet bisher aber nicht an einem Übermaß an Zuwendung, und mir sind als Bilanz der Forschung, wobei ich nicht behaupten will, dass ich sie im Augenblick ganz präsent hätte, die beiden wichtigen Begriffe im Kopf geblieben, nämlich dass diese Kandidatenauswahl immer mehr von der Professionalisierung und der Karrierisierung der Kandidaten beherrscht wird, die ausgewählt werden, und dass beides in der Forschung mit gewisser Zurückhaltung aufgenommen worden ist, weil beides zwar funktional Zustimmung verträgt und gebietet, sich auf der anderen Seite aber in beiden Begriffen auch so andeuten könnte wie eine Distanz zur Lebenswelt der Bürger, die repräsentiert werden sollen, was aber überhaupt nicht heißt, dass man deswegen für Abgeordnete plädieren sollte, die ihr Metier spezifisch beherrschen. Das brauchen wir natürlich auch. Das Schlimmste ist eigentlich die Idee, dass Abgeordnete immer das vollziehen müssten, was Bürger denken, denn im Grunde wollen wir ja auch alle kompetent und zukunftsfest regiert werden. Also gehört auch das Problem der politischen Führung und der Professionalität der Mandatsführung und -ausübung dazu.

Die ehrenwerte Chefredakteurin der Zeitschrift für Parlamentsfragen, der glückliche Umstände auch ein Institut für Parlamentarismusforschung zugewiesen haben, hat sich als erstes Projekt - wenn ich es recht sehe - dieses ehrenwerten Instituts diesem zentralen Thema der Kandidatenaufstellung und ihrer Bedeutung für Demokratie und Parlamentarismus zugewandt. Wir hatten ja schon frühzeitig gesagt, wir wollten die Ergebnisse dieses Projektes hier auch präsentieren, bevor sie schon alle Leute kennen. Insofern haben Sie das Glück, einer gewissen Premiere beizuwohnen.

Wir haben das im Vorfeld - wobei ich im Augenblick gar nicht weiß, ob sich hier alle daran halten - in drei Themenblöcke gegliedert. Es könnte sein, dass das immer noch gilt, weil ja schließlich drei Referenten hier sind. Diese Themenblöcke lauten in etwa: Grundsatzfragen, Bedeutung der Kandidatenrekrutierung für die parlamentarische Demokratie. Der zweite Block soll sich mit der

Empirie beschäftigen: Wer wählt warum wen aus? Der dritte Block beschäftigt sich mit der Sozialstruktur des Bundestages und ihrem Wandel - wenigstens andeutungsweise hoffe ich. Das ist die Information, die ich habe, aber wenn ihr etwas ganz anderes macht, geht die Welt auch nicht unter.

Frau Schüttemeyer, Herr Höhne und Herr Hellmann haben das Projekt wesentlich geleitet und durchgeführt - mit empirischen Ansätzen, mit teilnehmender Beobachtung von Kandidatenaufstellungsversammlungen, wobei zur Erfahrung des Politikwissenschaftlers auch gehört, dass nicht alle Parteien an der Transparenz so interessiert sind, dass sie sich auch gerne wissenschaftlich beobachten lassen bei einem Kerngewerbe der Sicherung parlamentarischer Repräsentation, bei dem man eigentlich durch Beobachtung relativ wenig zerstörerische Wirkung entfalten kann. Aber dass sich jemand so intensiv und empirisch um diese Problematik kümmert, ist in der politikwissenschaftlichen Forschung neu. Bevor ich Sie noch weiter langweile, übergebe ich Suzanne Schüttemeyer das Wort.

(Vorträge anhand von PowerPoint-Präsentationen)

Prof. Dr. Suzanne Schüttemeyer: Ich hoffe, dass ich Ihnen heute Abend etwas Interessantes vorstellen kann. Vielen Dank für die freundlichen einführenden Worte, lieber Heinrich Oberreuter. In der Tat - ich will es nicht übertreiben - ist es schon eine Premiere. Wir haben zwar an der einen oder anderen Stelle auch schon einzelne Befunde in kleineren wissenschaftlichen Publikationen und freihändigen Vorträgen ausgebreitet und es hat auch die eine oder andere Presseberichterstattung über unser Vorhaben gegeben, aber eine doch im größeren Rahmen und größeren Umfang auch vorgenommene Präsentation, das ist jetzt hier heute Abend zum ersten Mal der Fall. Wir werden natürlich auch weiterhin die Vielzahl der Daten und Fakten auswerten und Veröffentlichungen - auch Buchpublikationen auf Deutsch und Englisch - ins Auge fassen.

Parlamente, Parteien und Politiker stehen dieser Tage nicht gerade in hohem Ansehen. Ob zu Recht oder zu Unrecht - die Öffentlichkeit hat nicht den Eindruck, dass Kanzlerin, Minister und Abgeordnete gute Arbeit leisten. Unser Thema heute Abend ist nun natürlich nicht, wie sich solche konkrete und aktuelle Unzufriedenheit langfristig auf das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie auswirkt. Es genügt aber wohl der völlig plausible Hinweis, dass es diesen Zusammenhang gibt.

Es ist relativ rasch gelungen, Vertrauen in das politische System nach 1945 in Westdeutschland zu etablieren und es im Großen und Ganzen dann auch über die Jahrzehnte auf beachtlichem Niveau stabil zu halten, auch in der schwierigen Lage der deutschen Einheit dann. Dies ist im Wesentlichen das Verdienst der politischen Institutionen und ihrer Akteure. Sie haben Ergebnisse hervorgebracht, die die Menschen zufrieden stellten. Sie haben zuverlässig, der Bundestag hat zuverlässig geeignetes Regierungspersonal sozialisiert und rekrutiert. Seine Abgeordneten haben Entscheidungen getroffen, die gesellschaftliche und ökonomische Probleme konkret lösten. Sie haben Interessen vertreten und ausgeglichen, und das offenbar auf eine Weise, die inneren wie äußeren Frieden gewährleistet.

Es klingt ganz trivial, wir machen es uns aber zu selten bewusst: Die Qualität der Politik hängt wesentlich von der Leistungsfähigkeit der Parlamente und ihrer Abgeordneten ab. Deren Rekrutierung ist das Scharnier - so hat Bodo Zeuner das genannt, der sich 1965 und 1969 in Ansätzen, aber das erste Mal systematisch politikwissenschaftlich diesen Fragen zugewandt hat. Die Rekrutierung dieser Abgeordneten ist das Scharnier zwischen der Gesellschaft, organisiert in den Parteien, und der Politik, fokussiert im Parlament.

Die Rekrutierung ist ein Kernstück der Repräsentation und als solche wesentlich für die Akzeptanz der demokratischen Ordnung und damit letztlich für die Stabilität des politischen Systems verantwortlich. Eigentlich - Herr Oberreuter hat es eben schon gesagt - müsste also der Auswahl der

Kandidaten für die Bundestagswahlen größte, allergrößte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Trotz der überragenden Bedeutung dieses Prozesses gibt es seit fast 50 Jahren keine empirische Studie, die die Nominierung der Bundestagskandidaten umfassend untersucht hat, also die Fragen beantworten könnte: Wer wählt wen wie und warum für eine Kandidatur im Wahlkreis und auf der Landesliste aus? Und welche Gründe bewegen Parteimitglieder dazu, so einen Weg anzutreten, sich also als Kandidat zur Verfügung zu stellen?

Statt nüchternen Untersuchungen haben wir aber etliche Pauschalurteile und stetig wiederholte Behauptungen, wie es denn nun wirklich läuft, dieses Verfahren der Kandidatenauswahl, und welche Ergebnisse dabei herauskommen, und all diesen Vorurteilen und Pauschalurteilen ist eines gemeinsam: der offenbar nicht zu überwindende Argwohn gegenüber den Parteien. Bekanntlich liegt die Rekrutierung der Parlamentsbewerber in ihrer Hand. Sie sind der Lernort und die Vorbereitungsinstanz für politische Karrieren. Sie selektieren das politische Personal. Ihnen gilt also der Vorwurf, dass der Deutsche Bundestag kein Spiegelbild der Gesellschaft sei. Der Befund trifft zu, und an ihm hat sich auch seit vielen Jahrzehnten nur wenig geändert. Ganz kurz und knapp: Gut gebildete männliche, etwa 40-60 Jahre alte und dem öffentlichen Dienst angehörende oder aus politiknahen Berufen stammende Abgeordnete sind überdurchschnittlich präsent im Deutschen Bundestag. Ich sage sehr bewusst „präsent“ und rede nicht von Repräsentation.

Das Entscheidende ist: Mit dieser Tatsachenfeststellung wird die Kritik verbunden, dass der Bundestag nicht die Bevölkerung in ihren sozioökonomischen, soziodemographischen und soziokulturellen Zusammensetzungen widerspiegeln und er daher - das ist dann der schnelle Schluss - auch gar nicht in der Lage sei, die Repräsentation angemessen zu leisten. Und die Parteien - sie seien die wahren Verursacher dieser Malaise, denn sie selektierten eben nur bestimmte Typen und verhinderten andere.

Abgesehen davon, dass die Forderung nach Spiegelbildlichkeit ein prinzipiell falsches Verständnis von Repräsentation offenbart, stimmt es, dass die Parteien bei der Auswahl der Parlamentskandidaten bewusst eine spezifische Selektivität an den Tag legen. In dieselbe Richtung gehen Vorwürfe, die Bundestagsmitglieder seien zu abgehoben, nicht interessiert am normalen Bürger. Und als das Ammenmärchen schlechthin darf wohl gelten, dass der sogenannte Fraktionszwang nötigenfalls dazu benutzt würde, dass die Fraktionsführung dann damit drohen kann, die Wiederaufstellung unbotmäßiger Abgeordneter zu verhindern.

Sind die erstgenannten Aspekte auf die personelle Seite, die Ergebnisse der Kandidatenaufstellung bezogen, richtet Letzteres den Blick auf das Verfahren, seine Akteure und ihre Einflusschancen. Wer hat teil an den Nominierungsentscheidungen? Wer sind die Selektoren? Informell einflussreiche Politiker oder die formell auf den Versammlungen abstimmenden Akteure? Über deren Identität wissen wir nur wenig - ebenso wie über die Kriterien, die sie für ihre Entscheidung heranziehen, und über den Prozess der Entscheidung selbst.

Für die Ergebnisse der Rekrutierung ist auf Folgendes hinzuweisen: Ob die Parlamentsfunktionen erfüllt werden, insbesondere hinsichtlich der politischen Innovationen, der gesetzgeberischen Initiative, der sachkundigen Beeinflussung und Kontrolle der parlamentarischen Entscheidungen, hängt wesentlich, wie schon gesagt, vom Leistungs- und Persönlichkeitsprofil der Abgeordneten ab. Dieser Zusammenhang wird noch deutlicher mit Blick auf die Exekutive im parlamentarischen Regierungssystem.

Nicht aus dem Parlament stammende Minister und Kanzler sind in der Bundesrepublik die riesengroße Ausnahme. Letztlich wird also mit der Entscheidung über Parlamentsbewerber auch festgelegt, wer eine Chance auf höhere politische Positionen in der Exekutive hat. Da diesen Personen die politische Führung sowohl bei der inhaltlichen Gestaltung als auch der öffentlichen

Vermittlung von Politik vor allem aufgegeben ist, kommt dem Pool, aus dem sie rekrutiert werden, besondere Bedeutung zu.

Stellen die Fraktionen und der Bundestag als Ganzes gar nicht mehr sicher oder können sie aufgrund ihrer Zusammensetzung nicht mehr gewährleisten, dass in ihren Reihen spezifische Fähigkeiten zur inhaltlichen Gestaltung, zur Bildung von Mehrheiten und zur kommunikativen Führung gelernt bzw. herausgebildet werden, drohen Qualitätsverlust und Misserfolge der Politik, und das Parlament als Instanz der Qualifizierung und Sozialisation von Politikern steht und fällt nun einmal mit dem Ergebnis der Kandidatenauswahl.

Aus dieser Perspektive dürfte der vielfach und seit 100 Jahren immer wieder konstatierte Niedergang der Parlamente eine seiner Ursachen in mangelhafter Kandidatenauswahl haben. Tatsächlich wird in der neueren Diskussion um Entparlamentarisierung oder Postparlamentarismus argumentiert, dass Parlamente weder die Vielfalt der ausdifferenzierten Interessen angemessen vertreten könnten noch über hinreichenden Sachverstand und genügend fachliche Spezialisierung verfügten, um immer kompliziertere Materien erfolgreich zu regeln. Das klingt gut. Empirisch fundierte Belege dafür haben wir nicht. Zudem bedürfte es natürlich theoretisch-normativer Erwägungen, was eigentlich unter angemessener Interessenvertretung zu verstehen ist. Nichtsdestoweniger zeigt der wissenschaftliche Diskurs ein Unbehagen an der Repräsentationsleistung von Parlamenten, und dass dieses Unbehagen auch in der politischen Realität existiert, ist unübersehbar. „Wutbürger“, Pegida, zweistellige Wahlergebnisse der AfD sind Zeichen dafür.

Hinzu kommt eine schon lang dauernde Entwicklung, die aber hinsichtlich ihrer Brisanz für das politische System noch gar nicht hinreichend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen ist. Die im Bundestag vertretenen Parteien haben seit 1990 die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Insgesamt zählen sie noch 1,2 Millionen. Wir wissen aus Studien der Parteienforschung, dass ungefähr jedes vierte Parteimitglied aktiv ist. 1,2 Millionen, jeder Vierte ist aktiv - macht 300 000 Personen. Die müssen die Wahlkämpfe bestreiten und die Programmarbeit auf kommunaler Ebene, die Landtagswahlen, die Bundestagswahlen und die Europawahlen. Und aus ihren Reihen müssen auch die Mandatsträger kommen, vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament. Wenn wir die zusammenzählen - 96 für das EP, mindestens 598 für den Bundestag, mindestens 1857 für die 16 Landesparlamente und über 230 000 für die Vertreter in Gemeinden, Kreisen und Städten: Da ist nicht mehr viel Luft. Das stimmt ja auch nur rechnerisch und in der Summe, denn selbstverständlich ist der Bedarf in den Parteien nicht gleichmäßig, auch wenn wir proportional zu ihrer Mitgliedschaft rechnen. Die Wahlergebnisse sind unterschiedlich oder schwanken und damit die Zahl der zu erfüllenden Ansätze. Die regionale Verteilung und die Bereitschaft der Mitglieder zum Engagement sind unterschiedlich.

Es gab also genügend Gründe, die Kandidatenaufstellung so umfassend wie möglich zu untersuchen, als wir die Gelegenheit dazu bekamen, diese erstaunliche Lücke in der Parlaments- und Abgeordneten-, aber auch in der Parteienforschung ein Stück weit zu schließen. Dazu hat das vor zwei Jahren gegründete Institut für Parlamentarismusforschung - IParl - der Stiftung Wissenschaft und Demokratie im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 in Zusammenarbeit mit Policy Matters, der Gesellschaft für Politikforschung und Beratung, 165 Versammlungen der im Bundestag vertretenen sieben Parteien besucht, nämlich 54 Landesparteitage, auf denen die Landeslisten aufgestellt wurden, und 111 Wahlkreisversammlungen zur Aufstellung der Direktkandidaten.

Auf jener Abbildung dort sehen Sie eine Darstellung mit bunten Kullern. Wir könnten Ihnen das für jede Partei auch noch extra zeigen, aber nehmen Sie es erst einmal einfach so, wie es ist: 165 Versammlungen auf Ebene der Wahlkreise und der Länder haben wir besucht und beforscht.

Dabei standen drei Personengruppen im Fokus: erstens die Elektoren, das sind alle Parteimitglieder, die förmlich berechtigt sind, sei es als einfaches Mitglied oder als Delegierter, an diesen

Versammlungen teilzunehmen und die Kandidaten aufzustellen, zweitens die sogenannten Selektoren, die aufgrund ihrer Position in der Partei informell Einfluss auf die Personalentscheidungen nehmen können, und die Aspiranten. Aspiranten sind die Personen, die antreten, um als Bundestagskandidaten aufgestellt zu werden.

Wir haben auf diesen 165 Veranstaltungen knapp 20 000 Fragebögen verteilt, und mehr als 10 000 Personen haben unsere Fragen beantwortet, darunter 742 Aspiranten. Zusätzlich haben wir noch mit 425 Parteimitgliedern Hintergrundgespräche geführt. Dabei haben wir versucht, mit einfachen Mitgliedern zu sprechen, mit Funktionsträgern, mit Mandatsinhabern und solchen, die ein Mandat anstreben.

Heute Abend wollen wir Ihnen nun eine kleine Auswahl aus der Fülle der Ergebnisse vorstellen. Herr Dr. Höhne, der stellvertretende Leiter des Instituts für Parlamentarismusforschung, wird zu den verschiedenen Verfahren der Kandidatennominierung vortragen: Welche Vorteile, welche Nachteile haben Mitgliederversammlungen und Delegiertenversammlungen? Wie schätzen die Teilnehmer dieses Verfahren ein? Welche Implikationen hat dies für die Parteien?

Daniel Hellmann, Mitarbeiter des IParl und Doktorand, widmet sich der Frage, wer Bundestagskandidat wird. - Das waren die Fragen hinsichtlich der Sozialstruktur, weil daraus natürlich gleich weiter geschlossen werden kann auf die entsprechende Zusammensetzung des Bundestages.

Welche Eigenschaften braucht man, um sich durchzusetzen? Was ist eher weniger erfolgversprechend? Diese Faktoren sind von großer Bedeutung dafür, ob es dem Bundestag auch weiterhin gelingen kann, die Gesellschaft angemessen zu repräsentieren.

Abschließend werde ich dann noch einen kurzen Blick auf die Einflusschancen im Nominierungsprozess werfen: Wie viel ist noch dran an dem Bild der smoke-filled rooms aus den Vereinigten Staaten insbesondere der 1920-er Jahre, also der rauchgeschwängerten Hinterzimmer, in denen angeblich die Kandidaten dann von einer kleinen Führungsgruppe ausgekugelt werden?

Das ist das Programm für heute Abend. Ich gebe das Wort an Herrn Höhne.

(Beifall)

Dr. Benjamin Höhne: Ich glaube, wir haben uns recht viel vorgenommen, wenn ich es richtig sehe, denn eine halbe Stunde ist schon vorbei. Eine weitere halbe Stunde zur Präsentation der Daten und eine halbe Stunde zur Diskussion stehen uns noch zur Verfügung. Das bedeutet, dass wir an der einen oder anderen Stelle vielleicht auf Daten verzichten werden, die ich mitgebracht habe.

Wir kommen jetzt zur Verfahrensdimension, das heißt, wir sprechen über die Mitgliederveranstaltungen und Delegiertenveranstaltungen auf der Wahlkreisebene, und da möchte ich voranstellen, dass nach dem Bundeswahlgesetz nur ein Kandidat als Bewerber für den Bundestag auf einer Mitgliederversammlung oder auf einer Delegiertenversammlung aufgestellt werden kann. Andere Verfahren sind nicht möglich. Das ist insofern relevant, als die Reformdiskussion ja auch immer in die Richtung geht, dass sich der eine oder andere vorstellen könnte, dass man nach US-amerikanischem Vorbild Vorwahlen abhält. Das ist durch das Bundeswahlgesetz nicht abgedeckt. Sehr wohl kann man sich aber vorstellen, dass Parteien diese Verfahren konsultativ durchführen.

Warum lohnt es sich überhaupt, heute Abend über das doch eher trockene Thema Mitgliederversammlungen versus Delegiertenversammlungen zu sprechen? Ich denke, aus Sicht des Bundestages und seiner Legitimierung durch Wahlen sollte man festhalten, dass für viele Abgeordnete die Wahlen vor der Wahl die eigentlich entscheidenden Wahlen sind, das heißt die innerparteilichen Wahlen. Dies gilt besonders für die sogenannten sicheren und aussichtsreichen Wahlkreise, wenngleich deren Zahl infolge der zunehmenden Fragmentierung des Parteiensystems sicherlich geringer wird. Dennoch bleibt der Zusammenhang: Je mehr die eigentliche Wahl für den potenziellen Abgeordneten, für den Kandidaten in den Hintergrund rückt, desto stärker stellt sich die Frage der innerparteilichen Legitimierung dieses Kandidaten. Das wäre die eine Perspektive.

Auf der anderen Seite können wir die Perspektive der Parteien einnehmen und konstatieren, dass die Reformbemühungen intensiver werden, Mitgliederrechte in den Parteien auszuweiten. Dahinter steht nicht nur, aber doch an sehr wichtiger Stelle die Hoffnung, dass mehr Mitspracherechte des einfachen Mitglieds die gesellschaftliche Abwendung von den Parteien stoppen können.

Im Folgenden möchten wir Ihnen einige ausgewählte Befunde aus unserem Forschungsprojekt vorstellen und dabei auch Argumente für oder gegen den einen Typus - Mitgliederversammlung versus Delegiertenversammlung - diskutieren. Bevor wir loslegen, ist der erste Punkt, den ich Ihnen zeigen möchte, der, dass wir uns einmal anschauen: Welches Verfahren wird in den Parteien wie oft praktiziert? Da haben wir das Glück, dass wir in unserem Forschungsprojekt Daten erhoben haben, die wir mit einer Pilotstudie vergleichen können, die aber schon etwas zurückliegt.

Beginnen wir mit der CSU: Bei der CSU sehen wir, dass sie ausschließlich Delegiertenversammlungen abhält. Das war in der besagten Pilotstudie zur Bundestagskandidatenaufstellung 2002 von Suzanne Schüttemeyer und Roland Sturm auch schon so. Das ist also über einen Zeitraum von 15 Jahren konstant geblieben.

Kommen wir zur SPD: Da wurde damals ein Wert von 80 Prozent für Delegiertenversammlungen angegeben. Auch wir haben diesbezüglich kaum Veränderungen festgestellt. Überwiegend werden bei der SPD Delegiertenversammlungen abgehalten.

Bei der CDU hat sich das Bild etwas ändert. Vor 15 Jahren waren 60 Prozent Mitgliederveranstaltungen, jetzt sind es ca. zwei Drittel, also eine leichte Zunahme der Mitgliederveranstaltungen.

Bei der Linken und der FDP wurde damals ein uneinheitliches Bild - und das zitiere ich so - konstatiert. Heute können wir sagen, dass die FDP bis auf das Saarland ausschließlich Mitgliederveranstaltungen abhält. Bei der Linken sind es überwiegend Mitgliederversammlungen. Im Osten gibt es auch den einen oder anderen Wahlkreis, in dem eine Delegiertenversammlung abgehalten wird. Aber überwiegend sind es Mitgliederversammlungen.

Dann bleiben zwei Parteien: Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Beide halten durchweg Mitgliederversammlungen in den Wahlkreisen ab, auch dem basisdemokratischen Anspruch beider Parteien durchaus gerecht werdend.

Wir können als Zwischenfazit festhalten, dass es in den Parteien eine leichte Tendenz gibt, die Nominierung auf breitere Füße zu stellen. Das ist übrigens eine Beobachtung, die man in anderen europäischen Staaten, in anderen europäischen Parteien in ähnlicher Weise auch gemacht hat. Das kann man durchaus auch in den Zusammenhang mit den von Frau Schüttemeyer erwähnten

Mitgliederverlust der Parteien stellen, die ja nicht nur in Deutschland evident sind, sondern fast europaweit die Parteien betreffen.

Nun gibt der Versammlungstypus selbst noch keine Auskunft darüber, wie viele Parteimitglieder an den Veranstaltungen teilnehmen, was aber für die Legitimationsbasis der Wahlbewerber letztlich viel wichtiger sein kann als der eigentliche Verfahrenstypus. Deshalb gilt die Annahme, die wir mitgebracht haben, dass Mitgliederversammlungen eher in der Lage sind, Parteimitglieder zu mobilisieren, dass es tendenziell eher größere Zusammenkünfte sind, wogegen diktierten Veranstaltungen eher einen kleineren Teilnehmerkreis in den Parteien betreffen.

Wie schaut es aus, wenn wir uns die Beteiligung bei Mitglieder- und Delegiertenversammlungen einmal nach absoluten Zahlen anschauen? Wir haben in der folgenden Übersicht die drei Parteien, für die das eigentlich nur relevant ist, weil alle anderen Parteien entweder nur Delegiertenversammlungen oder nur Mitgliederversammlungen durchführen: die CDU, die SPD und die Linke.

Bei allen Parteien sehen wir für die Wahlkreise, die wir ausgewertet haben, dass in der Tat deutlich mehr Parteimitglieder auf Mitgliederveranstaltungen zugegen sind, als das bei Delegiertenveranstaltungen der Fall ist. Bei der SPD gibt es keinen großen Unterschied zwischen beiden Typen und bei der Linkspartei auf einem wesentlich geringeren Niveau eine größere Zahl bei Mitgliederversammlungen.

Nun könnte man mit Fug und Recht sagen: Das ist ja ganz interessant, aber noch spannender ist es doch, wenn man dann in Wahlkreise hineingeht, wo auch wirklich etwas vergeben werden kann, das heißt in sogenannte vakante Wahlkreise, in Wahlkreise, wo ein amtierender Abgeordneter nicht erneut antrat und sich sozusagen ein Fenster der Gelegenheit für diejenigen geöffnet hat, die seine Nachfolge antreten wollen.

Wenn wir uns die sogenannten vakanten Wahlkreise anschauen, sehen wir folgendes Bild: Der Balken geht für die CDU hoch für die Mitgliederveranstaltungen. Wir haben ca. 450 Mitgliederveranstaltungen versus 113 bei den Delegiertenveranstaltungen. Die Zahl bleibt erwartbar relativ konstant.

Auch bei der SPD geht der Anteil der Mitglieder, der Anteil der Parteimitglieder, die auf einer Mitgliederveranstaltung zugegen sind, hoch auf 200 versus 106 bei einer Delegiertenveranstaltung. Und es gibt auch eine leichte Zunahme bei der Linkspartei für die Mitgliederveranstaltungen. Das sind die absoluten Zahlen.

Nun könnte man wiederum sagen: Ganz schön, das zu sehen, noch interessanter ist es doch aber, wenn man die absoluten Zahlen in Relation zu den Parteimitgliederzahlen vor Ort setzt, denn es gibt sehr große Kreise, es gibt sehr kleine Kreise, es gibt ein Ost-West-Gefälle, deshalb haben wir das auch einmal betrachtet. Das können wir Ihnen aber nur beispielhaft, zur Illustration zeigen, weil das technisch-methodisch etwas aufwändiger ist, denn die Wahlkreisgrenzen decken sich oftmals nicht mit den Kreisverbandsgrenzen. Insofern ist das viel Arbeit. Wir haben aber zur Illustration ein paar gute Beispiele für die CDU mitgebracht.

Wir beginnen im ersten Punkt mit der CDU im Saarland, Sankt Wendel. Da kamen auf einer Delegiertenveranstaltung 98 Parteimitglieder von 3000 Mitgliedern, die dort eingetragen sind, zusammen. Das entspricht einer Beteiligungsquote von 3 Prozent.

Gehen wir in den mitgliederschwachen Osten und sind dort bei der CDU Sachsen- Anhalt, in der Altmark: Hier haben wir es mit einer Mitgliederveranstaltung zu tun. Es waren 81 stimmberechtigte Mitglieder von 684 auf dieser Veranstaltung, was einer Beteiligungsquote von 12 Prozent entspricht.

Das dritte Fallbeispiel ist die CDU Cloppenburg/Vechta, Niedersachsen, eine Region, die von ihrer Sozialstruktur her gute Rahmenbedingungen für die Parteilarbeit der CDU bietet. Hier sehen wir, dass bei dieser Veranstaltung 25 Prozent zusammenkamen, nämlich 1800 von insgesamt 7000 eingetragenen Mitgliedern.

Bei der CDU Cloppenburg/Vechta muss man dazu sagen, dass das ein vakanter Wahlkreis war, das heißt, der Kandidat wurde neu aufgestellt, und es gab zugleich eine Wettbewerbssituation. Das sind zwei Faktoren, die hier zusammenkamen, die hochgradig mobilisierend wirkten, sodass man diese Veranstaltung in einer Basketballhalle abhielt und wir hier einen Wert von 25 Prozent messen konnten.

Wir haben etwas über Partizipationsquoten in den Parteien gehört. 25 Prozent ist schon sehr hoch. Je nachdem, wie man das Ganze misst, wird das im Schnitt bei 5 Prozent bis 20 Prozent angegeben. Das ist schon ein sehr überdurchschnittlicher Wert.

Cloppenburg/Vechta führt uns zur nächsten Frage, nämlich inwieweit bei Mitgliederversammlungen mehr Bewerber antreten als bei Delegiertenversammlungen. Dahinter steht die Vermutung, dass bei Delegiertenveranstaltungen vieles im Vorfeld schon abgesteckt wird, dass viele Gespräche gelaufen sind, sodass dort eher keine offene Wettbewerbssituation zu erwarten ist. Dafür haben wir Ihnen folgende Abbildung mitgebracht, diesmal nur für die beiden großen Parteien: CDU und SPD. Wir sehen, dass bei 70 Prozent der Mitgliederveranstaltungen, bei denen wir zugegen waren bzw. für die uns Daten vorliegen, mindestens zwei Bewerber antraten, aber nur mindestens zwei Bewerber bei 36,4 Prozent der Delegiertenveranstaltungen.

So ist das auch bei der SPD, wobei der Wettbewerb dort auf Delegiertenveranstaltungen insgesamt größer ausfällt, als das bei der CDU der Fall ist. Insofern könnte man mit vorsichtiger Schlussfolgerung an dieser Stelle festhalten, dass die Konkurrenz bei Mitgliederveranstaltungen etwas größer ausfällt als bei Delegiertenveranstaltungen. Das wären soweit die Zahlen.

Nun möchten wir Ihnen noch ein paar Daten aus unserer Befragung zeigen und haben Folgendes vorbereitet, damit Sie zunächst wissen, wen wir gefragt haben. Dies sind hier die sogenannten Elektoren: insgesamt 4000 Parteimitglieder, ca. 2000 auf Mitgliederveranstaltungen und knapp 2000 auf Delegiertenveranstaltungen. Wir haben hier nachgefragt in Abhängigkeit davon, ob sich ein Parteimitglied auf einer Mitgliederveranstaltung oder auf einer Delegiertenveranstaltung befand, inwieweit das seine Sicht auf diese beiden Typen prägt oder zu unterschiedlichen Einstellungsmustern führt.

Das ist die Frage, die wir hier gestellt haben: Wer beeinflusst die Aufstellungsversammlungen? Wir haben verschiedene Typen, verschiedene Gruppierungen in der Partei angegeben. Die Grafik ist so zu interpretieren, dass Werte bis zu drei eher einen geringen Einfluss widerspiegeln, Werte ab drei dafür stehen, dass man mit einem etwas größeren Einfluss zu tun hat. Das heißt also: Der Einfluss wird als eher unbedeutend zugeordnet. Das sind zum Beispiel innerparteiliche Gruppierungen, Strömungen, Flügel, die Bevölkerung, aber auch der Bundesvorstand. Das entspricht also weitgehend den Vorannahmen, die man über Kandidatenaufstellungen hat.

Interessanter wird es, wenn wir zu den oberen drei Punkten gehen. Da würde ich den Kreis- oder Unterbezirksvorstand herausgreifen, weil wir hier auf einen systematischen Unterschied zwischen Delegiertenversammlungen und Mitgliederversammlungen gestoßen sind. Von Delegiertenveranstaltungen sagt man, dass Mitglieder des Kreis- oder Unterbezirksvorstands einflussreiche Akteure sind oder zumindest einflussreicher, als sie bei einer Mitgliederversammlung wahrgenommen werden.

Zur nächsten Abbildung: Hier haben wir den Parteimitgliedern verschiedene Aussagen präsentiert. Die Aussage, die wir hier herausgreifen, lautete: Herausforderinnen und Herausforderer von amtierenden Bundestagsabgeordneten haben auf Mitgliederversammlungen bessere Chancen als auf Delegiertenversammlungen. - Da geht es um das Stichwort Vermachtung. Wir sehen, dass knapp 57 Prozent der Delegiertenversammlungen dieser Aussage zustimmen, aber 67 Prozent der Mitgliederversammlungen, also ein deutlich höherer Anteil.

Kommen wir zur nächsten Aussage: Kandidatenaufstellungen auf Mitgliederversammlungen stellen einen Anreiz zum Parteibeitritt dar. - Das ist das, was wir eingangs erwähnt haben. Gibt man also dem einfachen Mitglied die Möglichkeit an die Hand, an der Personalauswahl teilzunehmen, stimuliert das in positiver Weise womöglich die Eintritte in die Parteien.

Wir sagen sowohl bei den Delegierten als auch den Mitgliedern mehrheitlich „Ja, das ist so“, wohingegen bei den Delegierten sozusagen die Mehrheit nicht ganz so deutlich ausfällt, wie es bei den Mitgliedern auf Mitgliederversammlungen der Fall ist.

Die letzte Frage lautete: Diejenigen, die in Gremien aktiv mitarbeiten, sollten auf die Aufstellung der Wahlkreisandidaten stärkeren Einfluss haben als passive Mitglieder. Auch hierbei geht es im Prinzip um die Debatte, die geführt wird: Wenn man die Rechte, sich an der Aufstellung zu beteiligen, zu stark ausweitet, bedeutet das für diejenigen, die über Jahre hinweg in den Parteien engagiert sind, möglicherweise eine Entwertung. Sie sehen, dass diese Ansicht von der Mehrheit der Mitglieder auf Mitgliederversammlungen nicht geteilt wird, da stimmen nur 40 Prozent zu. Bei den Delegierten sehen wir, dass die Situation pari-pari ist. Die eine Hälfte der Delegierten stimmt der Aussage zu, die andere sieht das nicht so.

Wir kommen langsam zum Schluss, zum präferierten Verfahren: Wie ist die Stimmungslage in den Parteien? Für welches Verfahren spricht man sich mehrheitlich aus? Spricht man sich für die Mitgliederversammlungen oder die Delegiertenveranstaltungen aus?

Wir haben noch zwei weitere Gruppen hinzugenommen. Einmal haben wir gefragt: Wie können Sie sich vorstellen, dass nur der jeweils zuständige Parteivorstand das Ganze macht - als sozusagen exklusiver Pol - und auf der anderen Seite - als sehr inklusiver Pol - die Einbeziehung der Bevölkerung erfolgt? - Beides natürlich so rechtlich nicht abgedeckt vom Bundeswahlgesetz, aber wir haben es einfach einmal mit aufgenommen, um die Stimmungslage in den Parteien zu betrachten. Da sehen wir, dass sich ein geringer Anteil in den Parteien tatsächlich vorstellen könnte, dass die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger - in welcher Form auch immer - partizipieren. Das ist aber äußerst gering. Hier findet sich die größte Zustimmung dafür, dass diese Veranstaltungen auf Mitgliederversammlungen abgehalten werden. Bei den Delegiertenveranstaltungen ist es fast erwartbar so, dass die Delegierten dafür sind, dass das auch weiterhin auf Delegiertenveranstaltungen passiert. Mitglieder sind eher dafür, dass es auf Mitgliederversammlungen passiert und nur ein marginaler Wert für den Parteivorstand: 0,9 und 1,1 Prozent.

Wenn ich an dieser Stelle die Aufmerksamkeit auf die dritte Zeile richten darf - Mitglieder meiner Partei auf einer Mitgliederversammlung -, dann ist hier bemerkenswert, dass sich auch knapp

40 Prozent der Delegierten dafür aussprechen, dass die Bundestagskandidaten auf Mitgliederversammlungen aufgestellt werden.

Somit wären wir schon am Ende. Ich möchte mit einem Fazit oder einer Frage schließen. Vorangestellt sei so viel, dass klar ist, dass die Partei im Wahlkreis auch weiterhin autonom darüber entscheiden sollte, mit welchen Kandidaten sie zur Wahl antritt. Das gilt für die Bundestagswahl genauso wie für die Landtagswahl, keine Frage. Ich denke aber schon, dass wir hier an dieser Stelle auch diskutieren können, wer die Partei vor Ort ist. Ist die Partei vor Ort nur ein kleiner Führungszirkel aus Parteivorständen oder bilden die Partei diejenigen, die über Jahre aktiv engagiert sind, sich einbringen, partizipieren und irgendwann in den Genuss eines Delegiertenamtes kommen? Oder verstehen wir unter Partei die gesamte Partei, das heißt alle Mitglieder, die sich engagieren wollen und zu einer Aufstellungsversammlung gehen wollen? Das sind die drei Differenzierungen, die man an dieser Stelle vornehmen kann, und da würde mich auch Ihre Einschätzung interessieren, wie Sie das Ganze sehen.

(Beifall)

Daniel Hellmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass auch ich heute zu Ihnen sprechen darf. Ich möchte einige kleinere Befunde aus unserer Forschung zu der Frage darstellen: Wer wird eigentlich Bundestagsabgeordneter? Die Frage ist - das hat Frau Professor Schüttemeyer bereits hinreichend dargestellt - von besonders großer Relevanz, wenn wir über die Leistungsfähigkeit des Bundestages sprechen, wenn wir darüber sprechen, wie der Bundestag in der Lage ist, seine Aufgaben wahrzunehmen, und wie er auch in der Lage ist, seine Repräsentationsaufgabe wahrzunehmen.

Wenn wir in die mediale Berichterstattung schauen, dann finden wir auch dort den Begriff der Repräsentation, nur eben in einer Darstellung, die man durchaus kritisieren kann. Wir finden vor allem den Begriff der Spiegelbildlichkeit.

Ich habe hier einige - durchaus austauschbare - Zeitungsartikel, Zeitungsüberschriften mitgebracht. Die „Süddeutsche“ titelt zum Beispiel: „Volk und Vertreter - der Bundestag soll das ganze Volk repräsentieren, doch eine Datenauswertung zeigt: Etliche Bevölkerungsgruppen kommen im Parlament zu kurz. Ein Problem für die Demokratie!“ Ähnlich titelte etwa die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Abgeordnete im Bundestag - was haben die so gelernt?“ Sie kommt wenig überraschend jedes Mal aufs Neue zu dem Schluss, dass die meisten Bundestagsabgeordneten über einen Hochschulabschluss verfügen. Zuletzt noch eine Überschrift des „Spiegels“: „Im Club der alten Männer“. Ich denke, damit sind die grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber der sozialen Zusammensetzung des Bundestages, die oftmals kursieren, schon hinreichend deutlich gemacht.

Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen bzw. noch einen kurzen Exkurs dahingehend bieten, dass diese Spiegelbildlichkeit eben nicht den Kern dessen ausmacht, was man unter Repräsentation verstehen kann, sondern Repräsentation - so hat es zumindest Hanna Pitkin unterschieden - verstanden werden kann zum einen als dieses Standing for, also die symbolhafte Repräsentation: Dadurch, dass ich katholisch bin, dadurch, dass ich ein Mann bin, kann ich andere katholische Männer repräsentieren und deren Interessen theoretisch vertreten. - Entsprechend sieht es für Frauen oder für Minderheiten aus. Dem stellt sie die Idee des so genannten Acting for gegenüber. Das bedeutet, dass der Bundestagsabgeordnete unabhängig davon, welchen soziodemographischen Hintergrund er hat, viel mehr dadurch repräsentiert, dass er Interessen vertritt und sich responsiv gegenüber seinen Wählern, der Partei oder eben der gesamten Bevölkerung verhält. Nach meinem Dafürhalten ist das der deutlich bessere Repräsentationsbegriff, die deutlich bessere Idee dessen, was Repräsentation bedeutet.

Nichtsdestotrotz weisen diese Zeitungsartikel durchaus auf Präsenzlücken im Deutschen Bundestag hin, auf einen Unterschied zwischen der Präsenz von Frauen in der Gesellschaft und Frauen im Deutschen Bundestag. Auch da erzähle ich Ihnen sicherlich nichts Neues: Es sitzen derzeit etwa 30 Prozent Frauen im Deutschen Bundestag, und deswegen wollen wir der Frage anhand von zwei ausgewählten Beispielen kurz nachgehen, wie diese Präsenzlücken zustande kommen. Dazu vielleicht ein ganz kurzer Exkurs, was die Schritte auf dem Weg dahin sind, dass jemand Mitglied des Bundestages wird:

Sie sehen auf der Abbildung unten die wahlberechtigte Bevölkerung: etwa 61,5 Millionen Menschen in Deutschland zur letzten Bundestagswahl. Rekrutiert wird aus der Gruppe der Parteimitglieder. Das sind aktuell über alle Parteien, die im Deutschen Bundestag sitzen, 1,2 Millionen, und daraus rekrutiert sich auch wieder mehr oder minder per Selbstselektion die Gruppe der Aspiranten.

Die Aspiranten - das hat Frau Schüttemeyer auch schon ausgeführt - sind diejenigen, die sich um eine Kandidatur bewerben. Einer der großen Mehrwerte unserer Forschung war, dass wir erstmalig die Gruppe der Aspiranten untersucht haben und zu mehr oder minder belastbaren Ergebnissen gekommen sind, wie groß eigentlich dieser Pool an Menschen ist, aus denen sich die Kandidaten für den Deutschen Bundestag rekrutieren. Wir sind auf eine Zahl von etwa 3200 Personen gekommen, die sich um eine Kandidatur für den Deutschen Bundestag beworben haben. Daraus rekrutiert sich die Gruppe der Kandidaten. Das sind zur letzten Bundestagswahl 2516 Kandidaten aller jetzt im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gewesen. Zu guter Letzt wurden daraus durch den Akt der Bundestagswahl die 709 jetzigen Bundestagsabgeordneten rekrutiert.

Wenn wir über den Bereich der Kandidatenaufstellung sprechen, sprechen wir vor allem über die Fragen: Wer wird eigentlich Aspirant? Wer wird von den Aspiranten dann ausgewählt, Kandidat zu werden, und wer wird wie aussichtsreich platziert? Denn auch das ist kein Geheimnis: Wer weit vorn auf einer Liste platziert wird, hat eine bessere Chance, in den Bundestag einzuziehen, als jemand, der weiter hinten platziert wird. Wer in einem für seine Partei vorteilhaften Wahlkreis platziert wird, als Direktkandidat aufgestellt wird, hat eine deutlich bessere Chancen, in den Deutschen Bundestag einzuziehen.

Auch hier ein ganz kurzer Exkurs dazu, wer unsere Befragten sind. Wir haben 1813 Aspiranten befragt. Davon haben 742 an unserer Studie teilgenommen. Das entspricht einem Rücklauf von 40,8 Prozent. Über diesen Rücklauf von 40,8 Prozent können wir uns insofern sehr freuen, als die Kontextbedingungen der Befragung selbstverständlich für die Aspiranten sehr belastend sind. Die meisten haben wir in dem Moment gefragt, als sie von der Bühne kamen, gerade ihre Bewerbungsrede gehalten hatten. Unter diesen Kontextbedingungen sind 40,8 Prozent Rücklauf durchaus erfreulich.

Ich möchte nun kurz auf zwei soziodemographische Faktoren zu sprechen kommen und schauen, wo diese Präsenzlücken eigentlich entstehen, denn ein häufiger Vorwurf dürfte sein, dass Parteien einfach zu wenig Frauen nominieren. Es gibt in der Forschung mehrere Hypothesen dazu. Die einen sagen, Frauen stellen in Parteien eine Seltenheit dar und haben daher eher Selektionsvorteile. Andere sagen, die Auswählenden sind sowieso mehrheitlich männlich - also die Parteimitglieder sind mehrheitlich männlich -, und deswegen sind Frauen im Auswahlprozess im Nachteil.

Wenn wir uns den Frauenanteil einmal über diese gerade vorgestellten fünf Selektionsebenen anschauen, sehen wir: Selbstverständlich haben wir in der Bevölkerung etwas mehr Frauen als Männer, auch da erzähle ich sicherlich nichts Neues. Ein großer Sprung in der Präsenz entsteht, wenn wir auf die Ebene der Parteimitglieder kommen. Über alle aktuell im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien hinweg sind nur 28,4 Prozent Frauen. Unter den Aspiranten sind es mit 27,6 Prozent dann noch einmal geringfügig weniger. Unter den Kandidaten sind es immerhin

32,2 Prozent. Das heißt, sobald eine Frau im Nominierungsprozess als Aspirantin in Erscheinung tritt, hat sie tendenziell etwas bessere Chancen, als Kandidatin aufgestellt zu werden.

Wenn wir dann noch auf die Ebene der Bundestagsabgeordneten sehen - auch da sage ich Ihnen nichts Neues -, sprechen wir über etwa 31 Prozent Frauen im aktuellen Deutschen Bundestag. Diese Daten sind jetzt aggregiert. Es ist etwas aufschlussreicher, sich das separat nach Parteien anzuschauen, und da können wir insgesamt drei Gruppen ausmachen mit sehr vorsichtigen Tendenzaussagen, aber wir sehen durchaus Unterschiede zwischen den Parteien.

Wir haben zum einen die Gruppe der SPD, der Grünen und der Linken, die vom Grunde her schon über relativ hohe Frauenanteile in der Parteimitgliedschaft verfügen - zwischen etwa 30 und 40 Prozent - und wo mit jeder der hier dargestellten Rekrutierungsebenen der Frauenanteil steigt, bis eben bei den Grünen und den Linken im Deutschen Bundestag fast Parität bzw. mehr als Parität erreicht wird.

Wir haben dann eine zweite Gruppe, bestehend aus CSU, FDP und AfD. Das sind Parteien, die erfahrungsgemäß relativ geringe Frauenanteile haben - zwischen 16 und 23 Prozent - und wo noch weniger Frauen unter den befragten Aspiranten sind. Das deutet darauf hin, dass sich in diesen Parteien Frauen seltener dazu bereit erklären, sich um eine Kandidatur zu bewerben. Sobald sie sich aber in diesen Parteien tatsächlich als Aspiranten ins Feld gebracht haben, haben sie bessere Chancen, aufgestellt zu werden und auch vorteilhaft aufgestellt zu werden.

Eine Partei wurde noch nicht genannt, die CDU. Bei der haben wir - auch das ist als sehr vorsichtige Tendenzaussage zu verstehen - bemerkt, dass sich dort relativ viele Frauen um eine Kandidatur bewerben. Wir sprechen über 26 Prozent Frauen unter den Parteimitgliedern und 40 Prozent Frauen unter den Kandidaturwilligen, also unter den Aspiranten, und etwas weniger unter den Kandidaten - nur noch 36 Prozent Frauen. Wenn wir dann auf die Ebene der Bundestagsabgeordneten gehen, sehen wir, dass nur noch 32 Prozent der Bundestagsabgeordneten der CDU Frauen sind. Wir sehen also, dass dort ein etwas anderes Problem als bei CSU, FDP und AfD vorzuliegen scheint, denn bei der CDU scheint - zumindest über den Einzelfall hinweggedacht - auf der aggregierten Ebene an einigen Stellen das Geschlecht durchaus ein Negativum im Nominierungsprozess zu sein. - Das vielleicht als sehr, sehr vorsichtige These.

Ein zweiter soziodemographischer Faktor, den ich betrachten möchte, den ich auch eingangs schon angesprochen hatte, ist die Bildung, hier noch einmal dargestellt als den Anteil derjenigen, die über einen Hochschulabschluss verfügen. In der Bevölkerung sind das aktuell etwa 17 Prozent. Eine etwas größere Lücke tut sich auf, wenn wir auf die Ebene der Parteimitglieder gehen; dort sind es bereits 40 Prozent. Eine noch größere Lücke tut sich auf, wenn wir die Ebene der Aspiranten betrachten; dort sind es etwa 68,5 Prozent.

Im Nominierungsprozess selbst, also sobald jemand als Aspirant in Erscheinung getreten ist, hat es scheinbar keinen besonderen Einfluss mehr darauf, ob er nominiert wird oder nicht, welchen Bildungsgrad er hat. Der Anteil derer mit Hochschulabschluss steigt nur geringfügig. Unter den Bundestagsabgeordneten sind es dann noch einmal etwas mehr.

Worauf ich Sie vor allem hinweisen möchte, ist, dass Bildung scheinbar kein Faktor ist, der sich besonders positiv auf den Nominierungserfolg auswirkt. Ein Blick auf das Geschlecht und die Bildung hat gezeigt, dass, sobald diese Gruppen als Aspiranten in Erscheinung getreten sind, die Bildung und das Geschlecht keinen negativen Einfluss oder keinen besonders positiven Einfluss oder keinen besonders merklichen Einfluss auf den Nominierungserfolg haben.

Jetzt habe ich Ihnen zwei Dinge erzählt, die keinen Einfluss auf den Nominierungserfolg haben, zumindest nach dem, was unsere Daten hergeben. Jetzt möchte ich Ihnen noch zwei Thesen vorstellen, was einen Einfluss auf den Nominierungserfolg hat. Das ist einmal die Idee der Ochsentour. Unter Ochsentour ist zu verstehen, dass jemand lange Parteimitglied ist, sich viel ehrenamtlich engagiert, viele Positionen in der Partei, auch Mandate auf kommunaler Ebene übernimmt, vielleicht auch schon auf Bezirks- oder Kreisebene Mandate übernimmt und so über einen langen Zeitraum politisches Kapital aufbaut.

Eine zweite These ist, dass diejenigen, die im politischen oder politiknahen Bereich tätig sind, besonders gute Nominierungschancen haben. Ich habe Ihnen hier nur eine kleine Auswahl an Indikatoren mitgebracht, die aber alle für diese beiden Thesen sprechen: Wir haben unterschieden zwischen denen, die nicht nominiert wurden, und denen, die chancenarm nominiert wurden, sowie denen, die aussichtsreich nominiert wurden.

Wenn wir zum Beispiel einmal schauen, wer ein Vorstandsamt in der Partei übernimmt - mindestens ein Vorstandsamt in der Partei -, so sprechen wir bei den Nichtnominierten über einen Anteil von 37,2 Prozent, bei den aussichtsreich Nominierten schon über einen Anteil von knapp 80 Prozent.

Noch eindrücklicher sind die Zahlen, wenn man sich den durchschnittlichen Zeitaufwand für ehrenamtliches Engagement im Monat in Stunden anschaut. Sogar jemand, der sich für eine Kandidatur beworben hat und nicht aufgestellt wurde, verwendet im Durchschnitt 32,2 Stunden im Monat auf ehrenamtliches Parteiengagement.

Jemand, der chancenarm nominiert wurde, verwendet fast eine gesamte 40-Stunden-Arbeitswoche auf ehrenamtliches Engagement. Noch eindrücklicher werden die Zahlen, wenn wir uns anschauen, wer aussichtsreich nominiert wurde. Er verwendet im Durchschnitt 66 Stunden auf ehrenamtliches Engagement.

Auch die Dauer der Parteimitgliedschaft zeigt einen klaren Kurs an. Nichtnominierte sind im Durchschnitt acht Jahre Mitglied ihrer Partei, aussichtsreich Nominierte bereits 20 Jahre Mitglied ihrer Partei. All das sind Mittelwerte.

Natürlich schwanken die Werte für den einzelnen Kandidaten, etwa den etwas jüngeren Kandidaten, der aussichtsreich nominiert ist, der noch gar nicht so lange Mitglied seiner Partei sein kann; er wäre vielleicht eher im Bereich der acht Jahre oder sogar noch weniger Mitglied der Partei, ist aber schon nominiert. Dennoch: Der Kurs geht in diese Richtung.

Zuletzt noch der Anteil derjenigen, die angegeben haben, im politiknahen oder im politischen Bereich tätig zu sein. Da sprechen wir unter den Nichtnominierten über einen Anteil von 18,8, also etwa ein Fünftel der Befragten, und unter den aussichtsreich Nominierten bereits über einen Anteil von 54,7 Prozent. Sie sehen und kommen damit hoffentlich zu einem ähnlichen Schluss wie ich: Nicht etwa der soziodemographische Hintergrund, den ich hier dargestellt habe über den Bildungsgrad, über das Geschlecht haben einen Einfluss darauf, ob jemand als Kandidat eine Chance hat, in den Deutschen Bundestag einzuziehen, sondern vielmehr die Fähigkeit, sich zu engagieren bzw. die Bereitschaft, sich zu engagieren, also das tatsächliche Engagement und damit die Fähigkeit, politisches Kapital aufzubauen.

Diese durchaus ausgiebige Ochsentour hat insofern ihre Berechtigung, als Politik selbstverständlich als Handwerk betrachtet werden muss, als eine Profession wie jede andere, die erlernt werden muss. Selbstverständlich mag es sein, dass das eine oder andere politische Talent auch ohne diesen

jahrelangen Lernprozess auskommt, aber grundsätzlich gilt: Wer lange den politischen Prozess lernt, wer diese Ochsentour durchläuft, politisches Kapital aufbaut, politische Fähigkeiten erlernt, wird von den Parteien eher als Kandidat für den Deutschen Bundestag ausgewählt.

Darauf deuten unsere Zahlen hin. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir über das eine oder andere im Anschluss diskutieren könnten.

Jetzt würde ich zunächst noch einmal an Frau Professor Schüttemeyer abgeben, die über die Frage des Einflusses, über die Machtfrage spricht.

(Beifall)

Prof. Dr. Suzanne Schüttemeyer: Kurz noch einige Befunde aus diesem Komplex unserer Forschungsarbeit. Intransparent, manipuliert von oben, insgesamt undemokratisch - das ist die Palette von Negativurteilen, die in der öffentlichen Wahrnehmung der Kandidatennominierung weit verbreitet ist. Die Einschätzung der Akteure vermittelt ein ganz anderes Bild der Wirklichkeit:

Zwischen 75 und 93 Prozent der Parteimitglieder bzw. Delegierten hielten das Verfahren, an dem sie teilnahmen, für transparent. Sie sehen hier wunderbare bunte Balken, alle ganz hoch. Die SPD fällt da mit 75 Prozent ein bisschen ab, die CSU hält das Verfahren, das in ihrer Partei üblich ist, also die Mitglieder und Delegierten, für besonders transparent, also alles in einem unzweifelhaften Bereich.

Wenn wir das einmal aufsplitten und auf die Ebene der Wahlkreise und der Landeslisten gehen, sehen wir - das Rote sind die Wahlkreise, das Blaue die Versammlungen auf Landesebene - immer noch dieses Bild, allerdings erwartbar etwas reduzierter bei der Landeslistenauflistung, denn dort sind natürlich die Prozesse etwas komplizierter. Man muss auch nicht nur über einen Kandidaten, den man auszuwählen hat, entscheiden. Man hat oft viele, die sich für eine Position auf der Liste bewerben. Man hat unterschiedliche Anforderungen an die Repräsentation, nämlich: Was für einen Typen, was für eine Person möchte ich auf Platz 1, 2 und 3 haben? Möchten wir das nicht auch irgendwie regional mischen? Da spielen Kulturen und Traditionen von Parteien eine große Rolle.

Das ist ein Verfahren, das alte Hasen gut kennen, das aber doch nicht ganz so transparent ist wie auf der Wahlkreisebene. Aber selbst dort sehen Sie eben beim Land überall - mit Ausnahme der SPD - in den hohen siebziger Prozenten jene, die meinen, das ist alles vollkommen durchschaubar, transparent für sie.

Wenn wir uns jetzt anschauen, wie die Versammlungsteilnehmer den Einfluss einschätzen - wer hat also den größten Einfluss auf das Ergebnis der Kandidatennominierung - das ist jetzt für alle Parteien zusammengefasst -, sehen wir, dass sie in der Tat meinen, sie selbst, nämlich knapp 70 Prozent, haben am meisten Einfluss. Das sind die Ergebnisse.

Hier wurden die verschiedenen Akteure oder Gruppierungen gefragt: Halten Sie den Einfluss für sehr groß, für groß usw.? Dies hier sind die Werte für groß und für sehr groß. Fast 70 Prozent halten den Einfluss der Versammlung vor Ort für sehr groß.

Dann sehen Sie das, was ich vorhin auch ansprach: 20 Prozent - immerhin noch um die 20 Prozent - glauben, dass die Bundestagsfraktionsführung oder der Bundesvorstand doch über erheblichen

Einfluss verfügt hat. Aber ganz deutlich ist eben der demokratische Aspekt, dass die Versammlungsteilnehmer selbst entscheiden.

Auch das können wir noch einmal unterteilen auf Wahlkreis- und Landesebene. Die roten Balken sind das Land, und da ist es ganz klar: Im Wahlkreis spielt zum Beispiel der Landesvorstand bei der Nominierung des Wahlkreiskandidaten eine geringere Rolle, während er bei der Aufstellung der Landeslisten eine deutlich größere Rolle spielt. Aber auch da sehen Sie weitestgehend gleichmäßige Einträge für die Bedeutung der Versammlungsteilnehmer.

Wie Sie dieser - letzten - Folie entnehmen können, haben wir gefragt: Wie demokratisch finden Sie dieses Verfahren? Auch da sehen Sie noch höhere Werte als zuvor bei der Frage nach der Transparenz: SPD knapp unter 90 Prozent, alle anderen weit darüber. 89 bis 95 Prozent halten das Verfahren für demokratisch.

Hier haben wir noch einmal die Aufspaltung in Wahlkreis und Land. Beim Land folgt das einem ähnlichen Interpretationsmuster, wie ich es eben bei der Aufstellung der Landeslisten vorgetragen habe. Da haben wir leicht reduzierte Werte - das ist alles nicht ganz so klar und durchschaubar -, während wir bei der Aufstellung im Wahlkreis, also der Direktkandidatennominierung, exorbitant hohe Werte haben.

Nun kann man ja einwenden: Wenn die Antwortenden sagen würden: Ach, das ist alles gar nicht wichtig, was wir hier machen!, dann würden sie sich ja selbst degradieren. Man sagt doch nicht von sich selbst: Ich habe nur einen marginalen Einfluss. - Dass sich aber neun von zehn Teilnehmer derart selbst täuschen bzw. der Umwelt ein taktisch bewusst ein falsches Bild von der Kandidatennominierung geben, ist mehr als unwahrscheinlich, noch dazu, weil sich eben über alle Parteien hinweg dasselbe Bild ergibt. Unsere persönlichen Interviews und Hintergrundgespräche werden diese Zusammenhänge auch noch weiter erhellen können.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Wir können schon jetzt gängige Vorurteile entkräften und präzisere Informationen liefern, wie die Wege zur Kandidatur aussehen und welchen Einfluss die Mitglieder der Parteien und ihre mittleren Eliten darauf haben. Damit ist zweierlei möglich, was für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie von größter Bedeutung ist. Erstens: Wenn glaubhaft vermittelt werden kann, dass es Einflusschancen - konkret, demokratisch transparent - in Verfahren, die demokratisch und transparent sind, darauf gibt, wer an der Spitze dieser Republik die Politik zu gestalten hat, dann ist das eine gute Chance, die Partizipationsbereitschaft der Bürger zu steigern. Und man kann damit auch Verdrusserscheinungen entgegenwirken.

Zum Zweiten: Präzisere Kenntnisse über die Aufstellungsverfahren, über die Motive der Akteure und die Verteilung von Einfluss sind die Voraussetzung dafür, dass man Ideen entwickelt, dass die Parteien, aber auch Bürger Ideen entwickeln, wie das Reservoir von Personen vergrößert werden kann, die geeignet sind, Parlamentsmandate zu übernehmen. Das brauchen wir dringend, und vielleicht können wir ein kleines bisschen dazu beitragen, dass das auf solidere Füße gestellt wird.

(Beifall)

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Ganz herzlichen Dank für diesen konzentrierten Überblick und nicht zuletzt für den am Ende geäußerten Optimismus, dass man mit empirischen Ergebnissen die Realität verändern könnte. Wer sich auf diesem Felde lange aufhält, wünscht der Untersuchungsmannschaft und uns Systematikern herzlichen Erfolg dabei. Wer sich aber lange auf diesem Feld aufhält, weiß mittlerweile auch, dass noch so konkrete Daten und noch so konkrete

Einsichten sehr oft an den sozialen oder gesellschaftlichen Vorurteilen scheitern. Und das ganz Entscheidende wäre, glaube ich, dass man mit - wie soll ich sagen - sauberen empirischen Ergebnissen die öffentliche Kommunikation, die mediale Kommunikation, mittlerweile auch noch das Netz beeinflusst, und dazu wünsche ich uns allen einen großen Erfolg - ohne großen Optimismus.

Wir haben die systematischen Vorbemerkungen gehört. Wir haben das systematische Fazit gehört. Wir haben über Verfahren und die unterschiedlichen Rollen in diesem Verfahren gesprochen und sind informiert worden. Wir haben die starke These gehört, die nicht nur eine These war, sondern auch belegt worden ist, dass nicht die Soziodemographie, sondern das Engagement, die Bewährung innerhalb des Ehrenamtes, der Gesellschaft und der Partei den Aufstieg befördert.

Wir haben auch wieder einmal gehört, dass die öffentliche und auch zum großen Teil die administrative Interpretation von Repräsentation, von Spiegelbildern redet und dies nicht nur seit Pitkin, sondern auch schon seit ganz anderen alten Theoretikern wie Hume zum Beispiel - das gemeinwohlorientierte Handeln für Andere. Edmund Burke wäre auch ganz wesentlich zu nennen. All diese Probleme, die wir alle bis zum Überdruß kennen, sind noch einmal ins Gedächtnis gerufen und empirisch untermauert worden.

Die konkreten Einflusschancen für diejenigen, die auch wirklich Einfluss nehmen wollen und sich auch wirklich engagieren, sind natürlich ein großer Trostpreis für uns alle, und sie räumen das Vorurteil auf die Seite, dass es keinen Sinn hat und eh nichts bewirkt, sich ins innerparteiliche Engagement zu begeben. Es hat Sinn, und noch dazu, wenn ich mir die Ausgangsposition von Suzanne Schüttemeyer anhöre, dass wir bei 1,2 Millionen Parteibürgern von 300 000 aktiven reden wollen. Dann würde ich ja fast schon sagen: Wir bewegen uns in einer Oligarchie, und in der sind die Beteiligungschancen immer höher als in einer Massendemokratie. Aber auf alle Fälle: Wer will, der kann auch. Das ist das Entscheidende an den Daten, die wir gehört haben.

Feuer frei für Lob und Fragen! - Herr Kollege Sensburg.

Prof. Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, auch dafür, dass ich beginnen darf, da kann ich vielleicht ein bisschen Schwung in die Diskussion bringen. Ich teile nämlich weder die Ansicht über das Ergebnis noch die Art der Empirie noch die Prämissen, die Sie für Ihre Untersuchungen vorausgesetzt haben.

Zwei Punkte halte ich für wesentlich anzusprechen. Zum einen: Sie haben ja hauptsächlich die Aufstellung der Direktkandidaten untersucht, obwohl Sie, Frau Professor Schüttemeyer zum Schluss ja dann wunderbar differenziert und noch die Listenkandidaten hinterhergeschoben haben. Die kamen aber in der Darstellung hier zu kurz. Darauf können wir gleich noch einmal zu sprechen kommen.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist das Verhältnis von Direkt- und Listenkandidaten an sich.

Bei der Aufstellung, was die Kreisverbände bzw. die Verbände, die in einem Wahlkreis aufstellen, betrifft, halte ich es für absolut richtig, dass die Kreisverbände das in Eigenregie machen. Das kann man hier natürlich alles diskutieren, aber es hängt von so viel mehr Faktoren ab, ob eine Kreispartei in einem Wahlkreis ein Delegiertenverfahren oder ein Mitgliederverfahren wählt, was eben weit über die Zahl der Mitglieder einer Partei hinausgeht.

Mein Kreisverband hat fast 6200 Mitglieder und der Kreisverband, der ja mit dem Wahlkreis identisch ist, eine Fläche so groß wie das Saarland: 2000 km². Dass dieser Kreisverband wie manch anderer ein Delegiertensystem wählt, bei dem ungefähr 10 Prozent der Partei dann Delegierte sind, ist in weiten Teilen nachvollziehbar. Das heißt aber nicht, dass rund 5400 Mitglieder ausgeschlossen sind. Ganz im Gegenteil, es wird ja in den Ortsverbänden - diese Ebene müsste man mit einbeziehen, die Ortsverbände, Gemeindeverbände, nicht nur die Kreisebene oder die Ebene des Wahlkreises, wenn es mehrere Kreisverbände sind - dann ein intensiver Diskussionsprozess stattfinden, auch in der Regel nicht eine Nominierungsveranstaltung, sondern eine Vielzahl von Vorstellungsrunden in den einzelnen Stadt-, Gemeinde- oder Ortsverbänden. Von daher haben wir eine breite Diskussion im Kreisverband, und da gibt es unheimlich viele Faktoren, die eine Rolle spielen. Denken Sie einmal bei uns im Sauerland an so etwas Triviales wie schlechtes Wetter und die Auswahl der Nominierungsveranstaltung. Wenn Sie in Winterberg einen Nominierungsparteitag veranstalten, werden die Leute aus Arnsberg im Januar vor einer Bundestagswahl - in der Regel wird im Januar aufgestellt - nicht kommen.

Solche Überlegungen finden natürlich selten in einer Analyse statt, sind aber für die Praxis unheimlich relevant. Von daher ist es, glaube ich, die Vielzahl der Argumente, die ein sehr differenziertes Bild abgibt. Deswegen auch mein Plädoyer dafür, nicht einfach zu sagen, das Ziel muss die breite Basis sein, alle Mitglieder müssen kommen, sondern die Vielzahl der Unterschiedlichkeit festzustellen.

Es ist eben gesagt worden: In aussichtsreichen Wahlkreisen ist die Nominierung das entscheidende; die eigentliche Wahl tritt dann in den Hintergrund. - Das sehe ich überhaupt nicht. Ich habe einen Wahlkreis, und wenn Sie mit unter 50 Prozent abschneiden, brauchen Sie eigentlich nicht nach Hause zu kommen.

Natürlich ist die Nominierung ein wesentlicher Faktor, aber es gibt sich doch niemand die Blöße und sagt: Da fahre ich in den Urlaub! - Wer im Sommer vor der Bundestagswahl Urlaub macht, kann auch direkt wieder nach Hause gehen. Will sagen: Die eigentliche Wahl ist der Wahltermin und nicht die Nominierung. Deswegen war das eben vielleicht etwas missverständlich. Die Nominierung ist natürlich ein wesentlicher Punkt, aber sicherlich ist der Wahltermin das Entscheidende.

Zu der Begrifflichkeit Ochsentour: Ich weiß nicht, was man damit ausdrücken will. Ich bin auch Hochschulprofessor. Ich finde es schade, wenn man uns Buchstabenverdrehler nennt.

Ochsentour halte ich für einen völlig falschen Begriff, den wir auch in der akademischen Welt nicht benutzen sollten. Es war viel besser, dass danach von dem Wort Vertrauen gesprochen wurde. Die vielen Stunden Ehrenamt sind nicht nur parteiinternes Ehrenamt. Wenn Sie sich die Personen einmal angucken: Ein Großteil von ihnen ist bei Gewerkschaften engagiert, beim lokalen Schützenverein, bei der Caritas und vielen anderen. Sie finden die gleichen Leute immer wieder in bestimmten Positionen; das ist die Realität. Das gilt für alle Parteien, vielleicht mit unterschiedlicher Ausrichtung, wo man sich da engagiert, aber das sind Leute, die sich in vielfältiger Weise im Ehrenamt engagieren. Und nominiert werden dann häufig die, die lange dabei sind, denen man vertraut, denen man etwas zutraut, die aber aufgrund der gesellschaftlichen Verbindungen - da kommen wir gleich zu meinem zweiten Punkt - sehr vertieft im sogenannten vopolitischen Raum aktiv sind und deswegen - ob durch Beruf oder Ehrenamt - in ihrer Region verwurzelt sind. Das halte ich für etwas absolut Positives und nicht den Seiteneinstieg, der mal eben ein rhetorisches Feuerwerk abfackelt und hinterher als Luftnummer dasteht.

Von daher würde ich diese Einordnung, was die Direktwahl und die Direktnominierung in den Direktwahlkreisen betrifft, alles in allem auch gern so berücksichtigt sehen.

Kommen wir zum Verhältnis: Wir haben 709 Abgeordnete im Deutschen Bundestag, 299 Wahlkreise, 299 direkt gewählte Abgeordnete. Das Verhältnis driftet nach meiner Meinung auseinander. Wir bekommen nämlich dadurch, wenn wir 299 direkt gewählt haben - und da ändert sich nichts, im Zweifel geht die Diskussion eher dahin, die Zahl der Wahlkreise zu verringern -, ein Missverhältnis zwischen direkt gewählten und über die Liste eingezogenen Abgeordneten. Das wird auch dazu führen, dass wir bei der Frage, wie wir das Wahlrecht verändern können, kaum noch eine Möglichkeit haben, wenn weit über die Hälfte, nämlich über 400 Kolleginnen und Kollegen, über Listen eingezogen sind, da überhaupt noch was zu machen.

Ich glaube, bei den Kollegen der FDP, bei den Grünen und den Linken wird es nicht große Sympathien dafür geben, das Verhältnis entgegen der Liste zu verändern. Von daher: Wie wollen Sie eine Zweidrittelmehrheit für eine Veränderung des Wahlrechts herbeiführen? Also können wir sagen: Dann verkleinern wir also die Zahl der Wahlkreise auf 350. Danke schön - dann ist mein Wahlkreis so groß wie das Saarland und ein Teil von Rheinland-Pfalz. Dann soll ich noch Bürgernähe erreichen? Das geht vielen Kollegen in den neuen Bundesländern ganz bestimmt nicht anders. Von daher scheint das doch das Problem zu sein, dass wir - das hatten Sie indirekt dankenswerterweise angeführt - demnächst einen anderen Politiker haben werden. Mit dieser Situation des Wahlrechts, dass nämlich derjenige, der viel stärker als Berufspolitiker agieren wird, vielleicht ein Drittel bis 50 Prozent der oberen Liste, der Parteilisten auf den Landeslisten wahrnehmen wird und immer weniger relevante, vielleicht direkt gewählte Abgeordnete aus den dann vielleicht sogar noch weniger Wahlkreisen. Das führt natürlich dazu, dass dann diese kleine Gruppe gar nicht großartig daran interessiert ist, eine breite Basis an Beteiligung in der eigenen Partei oder von Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zu haben, sondern möglichst viele der eigenen Listenplätze im kleinen Kreis bespricht, vorbespricht und dann auf Landesparteitagen absegnen lässt. Sie haben hier auch zu Recht gesagt, dass die Listen in einem deutlich transparenteren Verfahren aufgestellt werden wie die Nominierung der Direktkandidaten; so habe ich Sie zumindest verstanden. So verstehe ich es auf jeden Fall, denn das ist nach meiner Meinung so.

Wenn man das zusammensieht, dann haben wir nicht das Problem der Nominierung in den Direktwahlkreisen mit einer hohen Anbindung an die Basis, mit einer hohen Transparenz, sondern wir haben eher das Problem des Verschiebens - hier von Direktwahlkreisen zur Liste mit einer sich dann herauskristallisierenden ganz neuen Art von Politikern, nämlich dem Berufspolitiker. Das schaffen wir durch unser Wahlrecht und dem verstärkten Ausrichten auf die weitaus größere Zahl der Listenabgeordneten. Das ist das Resultat, das ich hier eher sehe.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank, Herr Sensburg. Wir hatten uns bei der Konzipierung der Veranstaltung eh überlegt, ein politisches Kofeferat einzubauen, und in Ansätzen haben wir das jetzt ja auch gehört.

Sie haben mit der Bemerkung begonnen, Sie hätten fundamentale Kritik. Die habe ich eigentlich gar nicht so gesehen.

(Prof. Sensburg: Das ist für mich schon fundamental!)

Ich glaube, Frau Schüttemeyer wird jetzt dazu Stellung nehmen. Bemerkenswert ist ihre abschließende Vision, nämlich der Berufspolitiker, der auf eine Verbreiterung der Transparenz und der Partizipation keine große Bedeutung legt und der sozusagen einen Klub kreierte, der im Wesentlichen unter sich bleibt. Das wäre natürlich das Gegenteil von dem, was eure Intention ist.

Prof. Dr. Suzanne Schüttemeyer: Ich sehe auch keinen Dissens. Sie haben über andere Dinge geredet. An ein paar Punkten haben Sie etwas nicht mehr richtig erinnert.

Erstens: Wir haben nicht nur und auch nicht einmal primär die Wahlkreis untersucht, sondern die schlichte Tatsache, wenn man die sieben - es war ja zu erwarten, dass sieben Parteien in den Bundestag einziehen würden - Parteien hat und 6 mal 299 - und dann 299 minus die CSU-Leute -, dann resultiert daraus eben eine viel größere Gesamtzahl, aus der wir dann 111 nach einem statistischen Verfahren ausgewählt haben. Das sind ziemlich wenige, aber das ist statistisch gut und begründet ausgewählt. Das waren die Wahlkreise.

Bei den Parteitag auf der Landesebene haben wir eben sieben Parteien, und jede Partei hat 16 Landesparteitage; es sind 16 Bundesländer. Das heißt, wir haben uns für jede Partei sieben Länder angeguckt. Das ist eine riesengroße Zahl, das ist prozentual viel, viel mehr als das, was wir auf der Wahlkreisebene tun könnten - aus forschungspraktischen Gründen. Wir können genauso viel über die Landeslisten aufstellungen sagen wie über die Wahlkreise. Das sei erst einmal vorangestellt. Wir haben Ihnen hier ja nur einen kleinen Ausschnitt gezeigt. Dass wir Ihnen hier nicht alles - auch nicht in der Differenz - darstellen können, ist offenkundig; da werden wir auch noch sehr viel mehr anbieten. Da ist meines Erachtens gar kein Problem.

Zur Ochsentour: Das verstehen wir völlig anders, Herr Sensburg. Wir möchten nämlich gerade diesen Begriff verwenden und ihn ins Positive wenden. Wir sagen: Unter Ochsentour versteht man nämlich genau das, dass man in den Parteien - und deshalb auch dieses emphatische Plädoyer für die Parteien und den Job, den sie in den letzten fast 70 Jahren der Bundesrepublik gemacht haben - genau diese Dinge, die man braucht, um ein erfolgreicher und repräsentationsfähiger Politiker zu werden, lernt und eben nicht als selbsternannter, auch mit viel Geld bezahlter Kandidat, wie wir es in anderen Systemen sehen, antritt. Genau das ist unser Punkt, und genau darum ging es, und deshalb ist das nicht damit gleichzusetzen, dass wir uns als Hochschullehrer „Buchstabenverdrehler“ nennen lassen. Ich würde nie auf die Idee kommen, das so zu bezeichnen.

Wie dem auch sei: Wir sehen Ochsentour überhaupt nicht als negativ, sondern als positiv und wollen den Leuten, die das Wort benutzen, um es abzuwerten, entgegenhalten: Nein, die Ochsentour ist das, was uns sichert, dass wir Politiker bekommen, die das Geschäft der Politik verstehen, und das heißt: Führen und Folgen. Und das heißt, dass die wichtigste Aufgabe für erfolgreiche Politiker ist, Mehrheiten zu schaffen, und dass das nichts ist, worüber man die Nase rümpft, sondern das ist das harte Bohren von dicken Brettern, und das muss man lernen. Das muss man auch aushalten lernen. Deshalb sind im Übrigen Hochschullehrer so herzlich unbegabt für Politik und Parteipolitik, weil sie nämlich nicht können, was sie eigentlich müssten, nämlich auch noch den Letzten davon zu überzeugen, dass sie Recht haben, damit sie die Mehrheit bekommen.

(Prof. Sensburg: Man soll ja nicht pauschalisieren! - Heiterkeit)

Deshalb: Ochsentour ist für uns ein positiv besetzter Begriff, und so haben wir ihn hier aufgedröselte und auch gezeigt, wie wichtig er für die Nominierung der Kandidaten ist.

Ich gehe jetzt nicht auf die Wahlrechtsfrage ein - das ist nicht unser Thema heute Abend - und auf das, was da gut oder schlecht ist. Ich möchte an dieser Stelle nur noch auf einen Punkt eingehen, und das ist der Unterschied - und dann wird Herr Höhne noch etwas zu den Verfahren sagen, da hat es offenbar auch Missverständnisse gegeben - zwischen Listenabgeordneten und Wahlkreisabgeordneten:

Als ich das erste Mal 2002 die Pilotstudie machte und zu einigen wenigen - das war ja alles mit Bordmitteln - Landesparteitagen ging, haben mir die Politiker dort gesagt, als ich mir verwundert die Augen rieb, dass - die Wahlkreiskandidaten waren alle schon nominiert -, wenn da elf Wahlkreise in

Schleswig-Holstein waren, dann diese elf Wahlkreiskandidaten auf die Plätze eins bis elf der Liste gesetzt wurden. Das war eine Ehrensache, weil das diejenigen sind, die schon genau den Beweis der Mühen der Ebene angetreten haben. Das sind diejenigen, die auch die Zustimmung von nicht unerheblichen Teilen ihrer Partei vor Ort gefunden haben, und die wurden natürlich auf die Liste gesetzt. Wir haben sogar gefunden, dass das in einigen Satzungen der Parteien festgehalten ist, dass das so zu machen ist.

Wenn Sie sich die Zusammensetzung des Bundestages angucken, dann werden Sie feststellen - das variiert natürlich ein bisschen von Wahlperiode zu Wahlperiode -, dass weit über 90 Prozent der Abgeordneten Wahlkreiskandidaten waren, nur eben nicht erfolgreiche. Da kann ich Ihnen nur sagen - und eigentlich muss ich es Ihnen doch gar nicht sagen -: Diejenigen, die als erfolgloser, als nicht gewählter Wahlkreiskandidat über die Liste gekommen sind, vergessen doch nicht ihre Wurzeln - dass sie aus dem Saarland oder sonst woher kommen -, sondern sie wissen: Da finden sie das nächste Mal dann vielleicht die Mehrheit, oder da finden sie die Stimmen für ihre Partei. Die gehen doch deshalb nicht in Rente in ihrem Wahlkreis.

Wir haben vor ein paar Jahren eine riesengroße Studie über die Wahlkreisarbeit von Abgeordneten gemacht und sind mit ihnen gereist - in Deutschland und in Frankreich - wir konnten hier auch eine schöne Veranstaltung dazu machen -, und da haben wir genau das gefunden. Da kann man doch nicht diese Differenz konstruieren.

Jetzt noch zu den Verfahren.

Dr. Benjamin Höhne: Eines muss ich auch voranstellen - der Begriff des Berufspolitikers tauchte ja auf -: Es war ganz interessant, dass Sie, wie Sie es selbst gesagt haben, dadurch etwas Würze in die Diskussion gebracht haben. Ich würde aber sagen, der Typus des Berufspolitikers entsteht ja viel weiter davor, nämlich durch bestimmte Typen, die über strukturelle Voraussetzungen verfügen, sozusagen das berufliche Parteiengagement mit dem ehrenamtlichen zu verbinden. Und dann sind das eben typische Personen, die Mitarbeiter einer Fraktion sind, Mitarbeiter eines Wahlkreisabgeordneten usw. usf., die das ehrenamtliche Engagement mit dem kommunalen Mandat verbinden und dann sozusagen über diese Ochsentour, wie es ja besonders bei der CDU, aber auch bei der SPD heißt - in anderen Parteien etwas weniger -, strukturelle Vorteile für sich aufbauen können gegenüber Kandidaten, die diese beiden Sphären nicht so miteinander vereinbaren können.

Zur Ochsentour haben wir schon etwas gesagt, insofern kann ich mich da zurückhalten. Wir gebrauchen in der Sozialwissenschaft den eher technischen Begriff der parteipolitischen Kapitalakkumulation. Davon wollten wir hier aber etwas Abstand nehmen, um das nicht zu technisch zu machen.

Ein Punkt, wo ich Ihnen auch widersprechen muss - das ist dann aber eher im Bereich der politischen Rhetorik anzusiedeln und nicht in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung -, den Sie gebracht haben, ist: Was ist eigentlich wichtiger, der eigentliche Wahlakt oder die Nominierung? Da wissen wir aus der Wahlforschung natürlich sehr gut, dass das personalisierte Verhältniswahlrecht in Deutschland in der Regel so funktioniert, dass man Parteien wählt und nicht Personen oder nur zu einem sehr geringen Anteil Personen gewählt werden, selbst bei der Wahlkreisstimme, bei der Erststimme. Da muss man sehr aufpassen. Da gibt es andere Systeme, wo sozusagen die personelle Komponente eine größere Rolle spielt, insbesondere dann, wenn ich beim Wahlverhalten, beim Wählen selber auch gezielt meine Stimme für einzelne Kandidaten abgeben kann. Das kann ich in Deutschland ja nicht, da habe ich zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wähle ich den Wahlkreiskandidaten, mit der zweiten ein gesamtes Personalpaket, das mir die Partei anbietet. Da kann man sicherlich auch die Frage stellen: Warum gibt man den Bürgerinnen Bürgern nicht noch mehr Möglichkeiten an die Hand, zu panaschieren, zu kumulieren usw. usf.?

Aber der eigentliche Punkt, auf den ich antworten möchte, ist die Unterscheidung zwischen Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung. Da bitte nicht missverstehen! Wir wollten nachzeichnen, dass es eine Tendenz zu mehr Inklusion, wenn man es technisch ausdrückt, in den Parteien gibt, übrigens auch bei der CDU. Wir wollen damit jetzt auch nicht sagen, dass wir kein Verständnis dafür haben, dass es in flächenmäßig großen Wahlkreisen eine logistische Herausforderung ist, eine Mitgliederversammlung abzuhalten, und dass dann auch das Wetter eine Rolle spielt, dass die Lokalität eine Rolle spielt, dass dann auch mobilisiert wird, gegenmobilisiert wird. Das wissen wir alles. Das ist auch richtig, das bringt aber auch Dynamik in die Wahlkreise. Also warum denn nicht! Und wir sehen ja auch in Wahlkreisen wie Cloppenburg/Vechta, dass das Ganze funktionieren kann. Man muss es dann nur ordentlich machen. Und sicherlich kostet das auch ein bisschen Geld; auch das ist mir klar. Aber das gelingt ja den kleinen Parteien, der FDP, den Grünen ebenso in großen Flächenwahlkreisen. Natürlich haben die wesentlich weniger Mitglieder. Aber wie hoch ist denn die Partizipationsquote? Wir kamen bei Cloppenburg/Vechta auf 25 Prozent; das ist schon ein Superwert. Normalerweise sagt man: Zwischen 10 und 20 Prozent kommen überhaupt auf solche Veranstaltungen. Die muss man also hinreichend attraktiv machen.

Was aber mein Punkt ist, und den gebe ich an der Stelle dann auch so klar wieder, denn ich habe das ja eher als Frage formuliert: Wenn jetzt ein neues Mitglied in eine Partei hineinkommt, dann sagt man zu ihm: „Na ja, jetzt stell dich erst einmal bei uns an Verdien dir erst einmal deine Sporen, und dann kriegst du in zehn Jahren mal das Delegiertenamt, damit du dann bei einer so wichtigen Entscheidung wie der Nominierung deines Wahlkreiskandidaten mitmachen darfst!“ Das halte ich mit Verlaub doch für etwas anachronistisch. Natürlich gibt es im Vorfeld die Ortsverbände, und es findet eine differenzierte Meinungsbildung vor einer Wahlkreisnominierungsveranstaltung statt - keine Frage, aber warum denn dem Mitglied, was neu in die Partei kommt, sagen: Du jetzt erst einmal nicht - verdien dir erst einmal deine Sporen?! - Das leuchtet mir nicht so ganz ein.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank. Ich würde vom Begriff der politischen Kapitalakkumulation dringend abraten. Ich würde aber auch von dem Versuch abraten, den Begriff Ochsentour positiv aufzuladen. Das wird ein vergeblicher Versuch sein. Ich würde aber dringend empfehlen, das im Gespräch zu halten, was damit verbunden ist und was natürlich andere ehemals - ich habe es vorhin schon zitiert - unter den Begriffen Karrierisierung und Professionalisierung zusammengefasst haben. Da ging es um das Engagement im politischen Vorfeld und im Ehrenamt, und es ging um den Aufbau von politischem Funktionswissen. Das ist natürlich genau das, was wir brauchen. Aber dem wohnt eine gewisse Gefahr inne, mit der wir permanent konfrontiert sind, die Gefahr nämlich, dass man diesen professionalisierten Leuten ansieht oder ihnen nachsagt, dass sie bei ihrer politischen Kapitalakkumulation in gewisser Weise die Verbindung zu der Bevölkerung, die sie repräsentieren sollen, verlieren. Das ist ja eigentlich der Punkt. Da sind wir herausgefordert, Verständnis für die Art und Weise des Parlamentarismus, der kompetent sein soll, zu kreieren.

Es lag mir vorhin schon auf der Zunge: Kein Mensch weiß, wenn er die Abgeordnetenqualität und -kompetenz oder -inkompetenz kritisiert, dass dieser Verein hier hocharbeitsteilig und hochspezialisiert arbeitet und organisiert ist und eine Fülle von Kompetenzen freisetzt und man von keinem Abgeordneten verlangen kann, dass er alles weiß, aber von jedem verlangen kann, dass er auf irgendeinem Gebiet sehr viel weiß und konkurrenzfähig ist mit Verbandsleuten, Interessenträgern und Wissensträgern in der Administration. Also das muss man überbrücken, und da sind wir herausgefordert, vielleicht weniger an Begriffen als an der Kommunikation zu arbeiten. Aber ich bin ja immer in der Gefahr zu sagen - Ben Akiba -: „Alles schon mal dagewesen.“ Aber wenn wir nicht einen öffentlichen Diskurs in eine Richtung verändern können, die ihr mit euerem Projekt vorgebt und die wir eigentlich schon immer auch vorgedacht haben, kämpfen wir auf einem sehr, sehr schwierigen Posten. Dass wir das tun, wissen wir ja alle. - Herr Wehrbeauftragter!

Dr. Bartels: Ich will ganz friedliche Dinge sagen: Erstens ist es sehr gut, dass es diese Studie gibt, dass wir jetzt Zahlen zu Dingen haben, von denen wir uns vorher wahrscheinlich auch schon überwiegend vorstellen konnten, dass das so ist. Manches ist in der Tat schon dagewesen, also die

Sozialdemokratische Partei hat auch in früheren Zeiten vor allem aus politiknahen Berufen nominiert. Damals waren das die Redakteure von Parteizeitungen oder die Arbeitersekretäre in den Bezirken. Wenn man in die Biografien von vor 120 Jahren guckt, dann sieht man auch so etwas. Das wäre nicht neu. Vielleicht nur, um das etwas abzukürzen und zu vereinfachen: Es ist nicht soziale Repräsentation, sondern politische Repräsentation gemeint. Darum geht es. Dafür werden Leute gewählt.

Was nicht ganz richtig ist, ist, dass in Schleswig-Holstein etwa oder anderswo Listen genau so aufgestellt werden, dass sie die Wahlkreise repräsentieren. In Schleswig-Holstein gibt es elf Wahlkreise. Als ich das erste Mal nominiert wurde, wurde ich auf Platz 14 der Liste der SPD gesetzt. Auch danach gab es immer das Problem, dass man quotierte Listen macht usw. Das ist nicht direkt Wahlkreisrepräsentation, aber in der Tendenz soll es natürlich so sein.

Ich teile die Auffassung meines ehemaligen Kollegen Sensburg, was die Verschiebung Richtung Liste angeht. Das ist nicht gut. Das ist eine schlechte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die dann vom Bundestag nachvollzogen werden musste. Das ändert auch das politische System. Diese Änderung des Wahlrechts hat Auswirkungen auf die Binnenverhältnisse in Parteien und am Ende auch darauf, wie der Bundestag arbeitet. Das glaube ich schon. Das wäre auch einmal ein schönes Forschungsfeld - das nächste oder übernächste vielleicht: Die Auswirkungen eines Urteils und der Gesetzgebung auf das Wahlrecht. Ich teile da übrigens auch, was Prof. Lammert hochgehalten hat: Das Wahlrecht gehört ins Grundgesetz. - Dann kann man da nämlich beschließen, was sinnvoll ist - und nicht, was das Verfassungsgericht beschließt.

Ich wollte aber etwas auch zu ergänzenden Aspekten sagen, gar nicht zu der Studie: Die SPD hat nach der Bundestagswahl jetzt eine Studie vorgelegt, woran es gelegen hat, und stellt fest - und ich teile das -, dass es eine Spaltung gibt: Basismitgliedschaft und eine Funktionärsschicht - und dann die Führung. Das sind unterschiedliche politische Wirklichkeiten, in denen diese drei Wesenheiten existieren. Man sieht das zum Beispiel auch bei Nominierungen von Spitzenkandidaten in Ländern, zuletzt hier in Berlin. Nicht der Landesvorsitzende wurde als Spitzenkandidat nominiert, sondern jemand, der dann quer kam, früher mal Landesvorsitzender war und sozusagen die Basis hinter sich gebracht hat.

In Schleswig-Holstein haben wir Ähnliches erlebt: dass nicht der Landesvorsitzende zum Spitzenkandidaten gemacht wurde, sondern jemand anders, der auch schlecht war. Das kriegt man schon hin. Die politische Repräsentation innerhalb der Parteien ist schon schwierig. Die Funktionäre geben in vielen inhaltlichen Fragen nicht exakt das wieder, was eine Mehrheit der Mitglieder für richtig hält. Deshalb bin ich auch bei Nominierungen sehr dafür, dass man eher auf Mitgliedernominierungen geht als auf Delegiertenversammlungen. Wir hatten das bei uns dann relativ schnell so geklärt, dass es immer Mitgliederversammlungen sind.

Vielleicht ein letzter Punkt: Ich wäre jetzt nicht sehr zufrieden mit dem Zustand, den wir in Deutschland haben. Das ist eine Studie, die das ja gar nicht zum Ausdruck bringen soll, sondern zunächst einmal Zahlen bringt für eine Realität, die nicht bewertet werden muss. Wenn man sie bewerten will, muss man sagen: Sie ist extrem reformbedürftig, und zwar allein wegen der Halbierung der Zahlen der Mitglieder der Parteien, die aber immer noch die einzige Rekrutierungsbasis für das politische Personal darstellen. Das kann nicht kein Problem sein. In Frankreich ist ein ganzes Parteiensystem zusammengebrochen, und Gott sei Dank hat man es mit einer Sammlungsbewegung der Mitte hingekriegt, etwas Neues auf die Beine zu stellen - aber mit der Hürde: Mehr als die Hälfte sollte vorher kein politisches Amt gehabt haben. Die waren damit erfolgreich. Das ist ein Kriterium für Wähler, wenn man ihnen sagen kann: Ihr kriegt jetzt neue Leute, ihr kriegt frische Leute, ihr kriegt nicht Leute, die die klassische Referentenlaufbahn in den Parteien gemacht haben! - Und in der Tat: Das wird wirklich immer mehr. Das steht übrigens auch in dem SPD-Papier - das ist ganz lesenswert, ist mal eine andere Art Papier.

Also wir sind möglicherweise zum letzten Mal in so einer Art Parteiensystem mit sieben Parteien im Moment im Bundestag - die siebente merkt man ja jetzt so richtig. Ob es nächste Mal noch dieses Parteiensystem gibt? Ich wäre nicht so sicher. Vielleicht wenn gleich im Sommer gewählt wird - dann ist es vielleicht noch das alte. Aber wir haben da enorm Bewegung in Europa. Ich glaube nicht, dass das an Deutschland spurlos vorbeigehen wird.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank, Herr Bartels. - Wenn ich einen Satz aufgreifen darf, dann sage ich: Jemanden, der auch schlecht ist, den kriegen wir überall hin - sogar an den Hochschulen. Das ist kein spezifisches politisches Problem.

Dr. Philipp Austermann: Erst einmal vielen Dank für die Studie. Sie ist interessant. Wir haben ja auch im Vorstand darüber gesprochen, warum es so sinnvoll ist, das einmal in einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen. Es bleibt auch zu hoffen, dass es noch stärker verbreitet wird - und ich glaube, ich habe auch schon eine Journalistin im Raum gesehen. Vielleicht findet sich da ja eine positive Besprechung.

Eine Sache, die mir aufgefallen ist - die fehlt mir auch noch, aber sicherlich haben Sie auch dazu etwas erhoben und gefragt -, und das wäre auch meine Frage, ob das passiert ist: Es gibt in der Politik ja nicht nur die klassischen Referenten, Büroleiter usw., die möglicherweise in die Politik streben, sondern es gibt einen Cursus honorum von der Gemeindeebene über die Landesebene auf die Bundesebene, was für mich auch ein Zeichen von Berufspolitikertum ist. Haben Sie auch untersucht, inwieweit solche Personen stärker nominiert werden, weil sie aus einer gewissen Machtposition heraus kommen? Haben Sie auch untersucht, wie Mitglieder das empfinden, dass ihnen da fertige Mandatsträger vorgesetzt werden, die aber statt im Landtag nun gern im Bundestag wären?

Ingrid Reichardt-Dreyer: Ich habe drei Positionen. Die erste: Das Gemeinwohl - der Begriff, den Fraenkel so wichtig fand, ist ja schon aus der Mode gekommen - ist ein Punkt, der bei der Abfrage von Interessen nicht notwendig zum Tragen kommt, also insofern ein Positives für die Repräsentation.

Meine zweite Bemerkung gilt den Bedingungen. Sie hatten gezeigt, dass die Möglichkeit zur Teilnahme, die Opportunitäten für die Parteimitglieder vorhanden sind. Sie haben das dann aber auf den Punkt Nominierung für den Bundestag oder auf diesen Wahlakt verengt. Dort ist durch das Wahlgesetz, durch Wohnortprinzip und durch direkte Delegiertenversammlungen eigentlich ein großer Vorsprung gegenüber den Parteisatzungen vorhanden, die also sehr häufig mit unechten Delegiertenversammlungen arbeiten, die in der Zeit dazwischen den Vorständen so großen Spielraum einräumen, dass es eben genau zu der Kluft zwischen Spitzenfunktionsträgern und Mitgliedern kommt und dann die Mitglieder sagen: Was, so viel Zeit sollen wir aufwenden? - Woher sollen eigentlich die Jüngeren diese Zeit nehmen? Die individuellen Möglichkeiten, so viel Zeit aufzuwenden, scheinen mir für die nachfolgende Generation sehr viel geringer zu sein.

Katarina Trump: Ich bin Rechtsreferendarin und leiste gerade meine Verwaltungsstation im Bundestag ab. Es wurde angeführt, dass der Frauenanteil im Bundestag bei nur 30,9 Prozent liegt. Haben Sie empirisch ausgewertet, worin die Ursachen dieser geringen Zahlen liegen, dass also wenige weibliche Kandidaturen bestehen? Hat man überlegt, ob da die Einführung eines Reißverschlussverfahrens im Rahmen der Listen oder sichere Wahlkreise vielleicht mit ursächlich sind, wenn mehr Kandidatinnen zustande kommen bzw. dann auch in den Bundestag einziehen?

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Darf ich fragen, ob es noch Fragen gibt? - Dann würde ich eine Abschlussantwortrunde aufrufen, denn bei diesen Temperaturen ist es nicht schlecht, wenn man um 21 Uhr wenigstens die Fata Morgana eines Biergartens vor sich sieht.

(Heiterkeit)

Daniel Hellmann: Danke für die Fragen. Gerade zum Frauenanteil haben wir ja das eine oder andere gehört, und die Frage war: Was sind Gründe dafür, und was kann man dagegen tun?

Einer der Gründe - die Gründe sind je nach Partei sehr unterschiedlich; das habe ich hoffentlich darstellen können - ist, dass es bei manchen Parteien daran liegt, dass sich wenig Frauen bereit erklären, zu kandidieren. An solchen Stellen müsste man ansetzen. Wenn man das Ziel ausgibt - was die meisten Parteien ja mittlerweile tun -, mehr Frauen in den Bundestag zu entsenden, müsste man bei diesen Parteien mit dem Selbstrekutierungsproblem eher da ansetzen, dass man Frauen in die Position bringt, dass sie sich von sich aus bewerben. Denn ab dem Moment, wo sie das tun, scheint das ihrem Nominierungserfolg durchaus keinen Abbruch zu tun.

Bei der CDU kommt hinzu - auch das hatten Sie kurz angesprochen -, dass die CDU ihre Bundestagsabgeordneten über die Wahlkreise entsendet - selbstverständlich einige auch über die Liste, aber die meisten über die Wahlkreise, und gerade auf Wahlkreisebene ist es für eine Partei sehr schwer, dezentral eine Quote vorzugeben, denn was der eine Wahlkreis als Kandidaten aufstellt, hat auch von der Grundidee her wenig mit dem zu tun, was für einen Kandidaten ein anderer Wahlkreis aufstellt, und so kommt es bei diesem dezentralen Verfahren sehr häufig dazu, dass vermehrt Männer aufgestellt werden.

Auf Listen lässt sich das natürlich deutlich eher durch Reißverschlussverfahren, durch Quotenverfahren ausgleichen, sodass man die Zielvorgabe ausgibt: zumindest 40 Prozent, mindestens ein Drittel, mindestens 50 Prozent Frauen auf der Liste. Auf Wahlkreisebene ist das aber deutlich schwerer umzusetzen.

Prof. Dr. Suzanne Schüttemeyer: Vielleicht können Sie noch einen Blick auf die Abbildung „Frauen im Nominierungsprozess“ werfen: Das Problem taucht nicht erst bei den Aspiranten und den Kandidaten auf, sondern besteht schon in der Differenz zwischen Bevölkerung und Parteimitgliedschaft. Das heißt also, das Nadelöhr an der Stelle ist, dass zu wenige Frauen in die Parteien gehen. Denn wenn Sie sich das einmal nach einer proportionalen Repräsentation, nach diesem Maßstab anschauen, dann stellen Sie fest, dass das ja stimmt. Wir haben 28,4 Prozent Parteimitglieder und 27,6 Prozent Aspiranten und sogar ein paar mehr Kandidaten. Das Problem liegt davor: dass zu wenige Frauen in die Parteien gehen. Dazu gibt es - aber das ist natürlich nicht unser Thema gewesen und sowieso nicht heute Abend - Forschungen, und wenn Sie Interesse daran haben, kommen Sie noch einmal zu mir; ich kann Ihnen dazu etwas geben. Das ist da also das Problem. Die Parteien machen da schon einen guten Job, sobald die Frauen da sind - aber es sind nach diesem Maßstab zu wenige da.

Dr. Benjamin Höhne: Vielleicht noch als Ergänzung - Daniel hat ja auf die Schwierigkeiten der Nominierung von Frauen im Wahlkreis hingewiesen -: Das ist richtig. Wir wollen jetzt aber auch nicht so dastehen, dass wir alles gut verstehen und damit auch legitimieren oder gut finden, sondern man kann natürlich trotzdem auch darüber nachdenken, obwohl es diese Schwierigkeiten im Wahlkreis bei einigen Parteien gibt, über andere Möglichkeiten, alternative Möglichkeiten den Frauenanteil zu fördern. Das geht im Wahlkreis tatsächlich nicht über eine Quote, aber man kann schon darüber nachdenken, ob man positive Anreize für die Wahlkreise schafft, die eine Frau nominieren, dass sie dann an anderer Stelle dadurch irgendwelche Vorteile bekommen. Da kann man ruhig ein bisschen kreativ sein, wenn man das möchte, und findet dann auch das eine oder andere.

Ich würde gern noch zwei Punkte aufgreifen - einmal von Herrn Bartels und dann von Herrn Austermann. Herr Bartels sagte, seit 150 Jahren sei es bei der SPD ja ähnlich. Da ist sicherlich zu konstatieren, wenn man sich das Aufstellungssystem zum Deutschen Bundestag seit 1949 anschaut, dass da eine relativ hohe Kontinuität zu beobachten ist. Das zeigen auch alle wissenschaftlichen Studien, die es dazu gibt. Dennoch sind ein paar wichtige Sachen passiert, auch bei der SPD. Die SPD hat nämlich in den 40-er/50-er Jahren noch eine stärkere Anbindung an ihre kollateralen Organisationen gehabt, das heißt, an Gewerkschaften. Da waren auch noch viel mehr Gewerkschaftsvertreter auf den Listen. Ähnliches gilt für die Union, was Kirchenvertreter oder Verbandsvertreter aus dem Bereich Landwirtschaft anbelangt. Das ist also zurückgegangen. Da haben sich die Verbindungen zum kollateralen Umfeld der Parteien, wenn man so möchte, etwas abgeschwächt, und das knüpft natürlich an das an, was auch Herr Oberreuter sagte: Es gibt so etwas wie eine Karrierisierung, eine Professionalisierung.

Wir haben über den Berufspolitikertypus gesprochen, und das bietet eine ganz gute Überleitung zu dem, was Herr Austermann fragte, nämlich: Ist es nur diese Karrierisierung, diese Professionalisierung über die Jobs in der Politik in der zweiten oder dritten Reihe, dass ich es dann irgendwann auch schaffe, als Abgeordneter in der ersten Reihe zu sein? Das ist der zentrale Weg, der wichtiger wird. Der wird meines Erachtens aber von vornherein zugleich mit einem Engagement auf lokaler, kommunaler Ebene verbunden, und es werden dort eben auch kommunale Mandate übernommen. Also es ist nicht ein Sowohl-als-Auch, sondern es ist beides, was in der Regel stattfindet, und dadurch zeichnen sich sozusagen diese Politikertypen aus. Und - das war ja mein Argument - derjenige, der meinetwegen als Wahlkreismitarbeiter oder in einer Fraktion oder in einer Landesgeschäftsstelle usw. arbeitet, der verdient dort sein Geld für eine politische Tätigkeit, und dem fällt es dann auch leichter, ein Mandat auf kommunaler Ebene zu übernehmen, anders als das vielleicht in anderen Berufsfeldern der Fall ist. Insofern wird eigentlich beides miteinander verbunden.

Prof. Dr. Suzanne Schüttemeyer: Ich möchte kurz noch einmal auf die zentralen Begriffe, die hier eine Rolle gespielt haben und die Herr Oberreuter auch noch einmal in die Diskussion geworfen hat, eingehen und das auch mit einer Reaktion auf das verbinden, was Hans-Peter Bartels eben vortrug.

Es wird nicht gelingen, Legitimität für politische Entscheidungen dauerhaft herzustellen, wenn die Ergebnisse der Politik nicht zufriedenstellend sind. Die Ergebnisse oder der Output der Politik ist entscheidend. Das heißt nicht, dass der Input egal ist. Mit anderen Worten: Es spielt schon eine Rolle, wie die Leberwurst gemacht ist, und nicht nur, wie sie rauskommt - in Anlehnung an das Bismarcksche Zitat.

Es ist auch wichtig, dass hinreichend viele Menschen an den politischen Prozessen teilnehmen können und wollen. Aber letztlich kommen wir nicht daran vorbei, dass das, was an Entscheidungen herauskommt, akzeptabel ist. Das heißt, die Interessen müssen vertreten werden, und sie müssen ausgeglichen werden. Das ist das kleine Einmaleins von demokratischer Repräsentation, und das ist die große Voraussetzung für den Fortbestand der demokratischen Ordnung. Aber die Ergebnisse können nur dann gut sein, wenn die Leute, die diese Ergebnisse in diesem schwierigen Prozess von Folgen und Führen, von Ausgleichen, von Gemeinwohlorientierung erzielen müssen, dazu fähig sind. Und dazu fähig sind sie nun mal nach all unserer Erfahrung, Hans-Peter Bartels, nicht, wenn sie mal so eben in die Politik reinrutschen und denken: Ach, für viere Jahre mache ich mal den Job und empfinde die Berufung zur Politik - aber nicht den Beruf.

(Hans-Peter Bartels: Das ist jetzt nicht das Problem von Angela Merkel!)

- Das ist nicht das Problem von Angela Merkel.

Also wir brauchen Professionalität, und auch das ist so ein Begriff, Herr Sensburg: Professionelle Politiker - in unserer Studie über die Wahlkreisabgeordneten haben wir in der Differenz zwischen Frankreich und Deutschland festgestellt, dass französische Abgeordnete der Assemblée nationale nichts so fürchten wie, als Berufspolitiker bezeichnet zu werden. Glücklicherweise sind da die deutschen Politiker offenbar schon ein ganzes Stück aufgeklärter, erfahrener oder mutiger.

(Prof. Sensburg: Nicht alle! Ich gehöre nicht dazu! Ich wollte kein Berufspolitiker sein!)

- Nicht alle, nein. Aber ich sage: Glücklicherweise sind sie es. Und ich sage deshalb „glücklicherweise“, weil es einfach Fähigkeiten sind, Möglichkeiten zum Handeln sind, die man lernen muss. Es gibt natürlich Leute, die von Anfang an mehr Talent haben, und andere haben weniger Talent. Aber letztlich müssen sie es lernen, und dafür sind nun einmal die Parteien unverzichtbar.

Wenn man sich die Geschichte von Macrons Partei anschaut und die Schwierigkeiten, die nach einem Jahr in der Assemblée nationale aufgetaucht sind, wenn wir uns anschauen - Herr Oberreuter hat das vorhin angesprochen -, dass unsere Bundestagsabgeordneten in den allermeisten Fällen ihren Weg über Spezialisierung im Parlament machen und sich ihrer Fraktion darüber empfehlen und den Aufstieg hinkriegen, dann sind das Prozesse, die die Qualität des Ergebnisses von Politik beeinflussen und diese Ergebnisse auch verbessern, als wenn das Laien machen, allemal auf der Ebene - ich rede jetzt nicht über Gemeindevertretungen - der professionellen Politik für ein großes Land in seinem nationalen Parlament, und dafür braucht man das. Deshalb ist mir in der Tat auch angst und bange vor diesen populistischen Anmutungen, dass man das alles sehr viel besser mal so eben mit Links machen könnte, wenn man nur das Richtige meint und das Richtige fühlt und das Gute will. Das langt nicht. Man muss es auch können, und das muss man lernen.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank. - Manche populistische Anmutung meint ja, man könnte alles eben mal besser mit ein bisschen Rechts machen. Das ist eine andere Zuordnung.

Meine Damen und Herren, wir haben, glaube ich, das Feld ziemlich intensiv ausgeleuchtet, und natürlich ist es richtig: Was hinten rauskommt, muss akzeptabel sein für die Bevölkerung. Das ist das eine. Aber das andere ist eben auch: Es muss kommunikativ vermittelt werden. Also es muss nicht nur der Typus des Abgeordneten kompetent sein, sondern er muss auch kommunikativ sein. Diese beiden Aspekte zusammenzubringen scheint mir eine der größten Herausforderungen, vor denen wir stehen, weil wir sonst diese Legitimitätszweifel und diese Vertrauensverluste nicht hätten und nicht die Unterstellung hätten: Die sind sowieso alle inkompetent, und die hören sowieso alle nicht auf uns. - Und man muss eben auch diese Bruchstelle sehen: Je mehr Expertokratie sich in diesem Repräsentationsprozess breit macht, umso schwieriger wird die Kommunikation, weil die Wähler halt auf einem anderen Niveau angesprochen werden als die parlamentarischen Leistungsträger. Aber auch diese Kluft ist nicht neu, wie vieles nicht neu ist.

Wichtig ist, dass man sich dieser Grundprobleme immer wieder auf dem aktuellen Niveau versichert und dass man erst einmal auch eine Studie hat, die so umfassend und nicht so portiert ist, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

Eines fällt mir gerade von wegen Vergangenheit noch ein: Die rheinland-pfälzische CDU unter Kohl, Vogel und Geisler hat in den 70-er Jahren - die Zeitschrift für Parlamentsfragen hat es dokumentiert - die Parteimitglieder nach der Reihenfolge der Repräsentation der Kandidaten befragt, und siehe da: Die Parteimitglieder kamen zu der gleichen Reihenfolge wie die Delegiertenkonferenzen. Das ist doch ein wunderbares Ergebnis, das tröstlich ist, und vielleicht sollten wir daran arbeiten, dass das heute

auch so ist. Aber wir sollten auch daran arbeiten, dass sich die Bevölkerung in ihren Kandidaten wiedererkennt und die Kandidaten die kommunikative Bindung zur Bevölkerung intensiv pflegen.

Ich danke den drei Referenten für ihre Vor-, Ein- und Aufgaben. Und Ihnen danke ich für Ihre Nachfragen und das gebannte Zuhören. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend, egal, wo immer, aber: Feucht sollte er sein!

(Heiterkeit und Beifall)

Ende: 21 Uhr